



Bad Ischler Dialog 2013

„Perspektiven für die Jugend!“

Bildungs- und arbeitsmarktpolitische Positionen der österreichischen Sozialpartner

Bad Ischl, 9.9.2013

1	JUGENDLICHE IN ÖSTERREICH	1
1.2.	DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG	4
1.4	DER WIRTSCHAFTLICHE UND GESELLSCHAFTLICHE BEDARF NACH HÖHERQUALIFIZIERUNG	5
1.5	ZUM FACHKRÄFTEBEDARF – DIE MITTELFRISTIGE BESCHÄFTIGUNGSPROGNOSE BIS 2016.....	6
1.6	BILDUNGSERTRÄGE	6
1.7	PRÜFUNG UND REFLEXION DER VERANTWORTUNG FÜR DEFIZITE IM ERSTAUSBILDUNGSSYSTEM	8
2	JUGENDLICHE UND BILDUNG	9
2.1	JUGENDLICHE UND BILDUNGSBETEILIGUNG	9
2.2	MEHRSPRACHIGE JUGENDLICHE	9
2.3	BERUFS- UND BILDUNGSWEGORIENTIERUNG	9
2.4	ÜBERGÄNGE UND DURCHLÄSSIGKEIT IM ÖSTERREICHISCHEN BILDUNGSSYSTEM	10
2.5	SCHNITTSTELLE 9. SCHULSTUFE.....	10
2.6	FRÜHER BILDUNGSABBRUCH	10
2.1.1	<i>Empfehlungen und Forderungen</i>	11
3	DER STELLENWERT DER LEHRE IM RAHMEN DER ÖSTERREICHISCHEN BERUFSBILDUNG	13
3.1	IMAGE DER LEHRE	13
3.2	QUALITÄT IN DER LEHRLINGSAUSBILDUNG.....	13
3.3	ERFOLGSQUOTEN	13
3.4	ERGEBNISSE DER STANDING COMMITTEES	13
3.5	JUGENDLICHE MIT MIGRATIONSHINTERGRUND	14
3.6	FRAUEN IN NICHT TRADITIONELLEN LEHRBERUFEN	14
3.7	RÜCKGANG DER ZAHL DER LEHRLINGE IN AUSBILDUNGSBETRIEBEN	14
3.8	DURCHLÄSSIGKEIT ZWISCHEN LEHRE UND SCHULE	15
3.1.1	<i>Empfehlungen und Forderungen</i>	15
4	JUGENDLICHE IN DER ARBEITSWELT.....	18
4.1	BESCHÄFTIGUNG VON JUGENDLICHEN	18
4.2	ARBEITSLOSIGKEIT UND ARBEITSSUCHE VON JUGENDLICHEN	18
4.3	DIE ARBEITSMARKTSITUATION VON JUGENDLICHEN IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH	20
4.4	ERWORBENE KOMPETENZEN SICHTBAR MACHEN UND ANERKENNEN.....	20
4.5	JUGENDLICHE IN AMS-BETREUUNG	20
4.6	ANGEBOTE FÜR JUGENDLICHE MIT BESONDEREM UNTERSTÜTZUNGSBEDARF	21
4.1.2	<i>Empfehlungen und Forderungen</i>	22
5	FAMILIE UND JUGEND.....	26
5.1.2	<i>Empfehlungen und Forderungen</i>	26
6	JUGEND UND GESUNDHEIT	28
6.1.2	<i>Empfehlungen und Forderungen</i>	30
7	JUNGE MENSCHEN UND WOHNEN.....	31
7.1.1	<i>Empfehlungen und Forderungen</i>	31
8	LITERATURVERZEICHNIS.....	32

1 Jugendliche in Österreich

1.1. Einleitung

Die Jugendlichen sind die Hoffnungsträger der Zukunft. Wobei es „DIE Jugend“ nicht gibt - denn „die Jugend“ ist eine Gruppe von höchst unterschiedlichen Personen mit unterschiedlichen Interessen, Erwartungen und Zukunftsvorstellungen. Deshalb muss die Diskussion über Jugendliche die Diversität der „Jugend“ berücksichtigen und darf nicht außer Acht lassen, dass sich auch Jugendliche selbst nicht als Teil einer homogenen Masse sehen.

Was Jugendliche eint, ist ihr Alter, wobei man in der Forschung zwischen „Jugendlichen im engeren Sinne“ - zwischen 14 und 19 Jahren - und „jungen Erwachsenen“ - zwischen 20 und 29 Jahren - unterscheidet.

Versteht man „Jugend“ allerdings nicht alleine als eine durch strikte Altersober- und -untergrenzen fest umrissene Altersgruppe, sondern als eine Lebensphase, die auch sozial, ökonomisch und kulturell geprägt ist, so ist die Abgrenzung des Jugendalters vom Kindes- und Erwachsenenalter deutlich weniger scharf. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, kann die Lebensphase „Jugend“ je nach situativen Umständen mehr oder weniger ausgedehnt sein. Die Übergänge von der einen in die nächste Phase sind fließend.

Generell lässt sich feststellen, dass die „Jugendphase“ immer länger andauert. Ereignisse, die typischerweise den Übergang von der Jugend zum Erwachsenenalter bilden, wie z.B. das Ende der Ausbildungsphase und der Eintritt in das Erwerbsleben, die finanzielle Selbstständigkeit, das Eingehen einer festen Partnerschaft und die Geburt des ersten Kindes, verschieben sich auf einen späteren Zeitpunkt im Leben.

Was Jugendlichen wichtig ist

Der unmittelbare soziale Nahbereich - Familie, Freunde und Bekannte - gehören für Jugendliche und junge Erwachsene zu den wichtigsten Lebensbereichen.

Neben Familie, Freunden und Bekannten spielen Freizeit, Gesundheit, Selbstverwirklichung und materieller Wohlstand eine wichtige Rolle. Während Gesundheit als Basis eines guten Lebens Jugendliche und jungen Erwachsene gleichermaßen als wichtig ansehen, wird Selbstverwirklichung insbesondere von den bildungsnäheren, materieller Wohlstand von den bildungsferneren Jugendlichen und jungen Erwachsenen bevorzugt. Das bedeutet aber nicht, dass den bildungsnäheren Jugendlichen Geld und Wohlstand unwichtig wären. Sie sind lediglich in höherem Ausmaß dazu bereit, für Selbstverwirklichungsprozesse und langfristige Wohlstandsversprechen auf spontane Bedürfniserfüllung zu verzichten.

Schule bzw. Ausbildung und Weiterbildung sind für knapp die Hälfte der Befragten „sehr wichtig“, Arbeit für knapp über 40 Prozent. Was in Hinblick auf Bildung als wesentlich erachtet wird, sind möglichst individuelle Ausbildungen, die Spaß machen und die einen nicht schon zu früh auf ein bestimmtes Berufsbild festlegen. Die Ausbildung soll demnach möglichst umfassend sein.

Die Anforderungen, die man an den Beruf stellt, sind mitunter höchst ambivalent. Man möchte einerseits an der Arbeit Freude haben und sich selbst verwirklichen, möchte aber andererseits auch nicht auf Karriere und gute Bezahlung verzichten. Man träumt von der Selbstständigkeit und von beruflicher Autonomie, möchte aber auch einen sicheren Arbeitsplatz haben.

Zukunftserwartungen und Lebenszufriedenheit

Die jungen Österreicherinnen und Österreicher zeigen sich überwiegend zufrieden mit ihrer gegenwärtigen Lebenssituation. 88 Prozent fühlen sich demnach völlig bis tendenziell zufrieden, 12 Prozent eher unzufrieden. Die insgesamt hohe Lebenszufriedenheit der jungen ÖsterreicherInnen korrespondiert mit einer gleichermaßen zuversichtlichen Aussicht auf die persönliche Zukunft. Knapp zwei Drittel blicken der persönlichen Zukunft eher optimistisch entgegen. Lediglich 4 Prozent zeichnen ein düsteres Bild von ihrer Zukunft.

Im Vergleich zu dem sehr optimistischen Blick auf die persönliche Zukunft wird die gesamtgesellschaftliche Zukunft kritischer eingeschätzt. Der Großteil der Jugendlichen blickt mit gemischten Gefühlen auf die Zukunft der Gesellschaft, rund ein Drittel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sieht die Zukunft „eher düster“, 22 Prozent deklarieren sich als ZukunftsoptimistInnen.

Vertrauen in Institutionen

Bei einer genaueren Betrachtung zeigen sich große Unterschiede in der Perspektive von Jugendlichen auf gesellschaftliche Institutionen. Das mit Abstand größte Vertrauen genießt das österreichische Gesundheitssystem, während der Arbeitslosenversicherung rund jede/r zweite Befragte, dem Pensionssystem nur 28 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen vertrauen. Hohes Vertrauen genießen ebenso Polizei, Rechtsprechung und Gerichte.

Vertrauen haben Jugendliche auch in ihre Mitmenschen. 67% sind der Meinung, dass die meisten Menschen in Österreich anständig sind und man ihnen vertrauen kann.

Für junge Menschen ist Solidarität wichtig: Über 70% sind der Meinung, dass die, die mehr besitzen, auch einen größeren Beitrag leisten sollen. Gleichzeitig sind viele Jugendliche der Ansicht, die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden.

Besonders problematisch ist, dass über 40 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sich von der Gesellschaft „alleingelassen“ fühlen. Sie sind der Ansicht, dass sie für sich selbst sorgen müssten, denn sonst würde dies keiner tun.

Machtlosigkeit in Politik und Wirtschaft und trotzdem Engagement

16 Prozent der befragten Jugendlichen geben an, sich sehr für Politik zu interessieren. 28 Prozent interessieren sich etwas, 27 Prozent kaum für Politik und 16 Prozent sagen, sich gar nicht dafür zu interessieren. Damit liegt das Politikinteresse der 14- bis 29-Jährigen auf dem gleichen Niveau wie jenes der österreichischen Gesamtbevölkerung. Junge Menschen in Österreich sind also keinesfalls weniger an Politik interessiert als die Erwachsenen.

Es zeigt sich, dass vor allem in der Gruppe der unter 20-Jährigen Resignation und Fatalismus die vorherrschenden Gefühle gegenüber der gegenwärtigen politischen Situation sind. Bei den bildungsfernen Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat sich diese Resignation in demonstratives Desinteresse - eine Art Boykott - verwandelt, während die bildungsnäheren Jugendlichen zwar mit dem System hadern und ihre Enttäuschung offen artikulieren, aber noch eine politische Idealvorstellung davon im Kopf haben.

Im Vergleich der politischen Systeme genießt die repräsentative Demokratie die mit deutlichem Abstand größte Zustimmung. 87 Prozent der Befragten beurteilen das demokratische System als „sehr gut“ oder „eher gut“. Zusätzlich würden sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen aber mehr Beteiligungsmöglichkeiten wünschen.

Sechs von zehn Jugendlichen engagieren sich in Vereinen, Projekten, Kirchen und Initiativen. Lediglich 7 Prozent stehen freiwilligem Engagement völlig ablehnend gegenüber.

Bildung, Ausbildung und Beruf

Arbeit, Schule, Ausbildung und Weiterbildung sind für Jugendliche und junge Erwachsene auch aus ihrer Sicht besonders relevante Lebensbereiche. Während die bildungsnäheren jungen Menschen in Österreich in ihren Ansprüchen häufig auf einen humanistischen Bildungsbegriff Bezug nehmen, stellen die bildungsferneren eher instrumentelle Anforderungen und betonen die praktischen, unmittelbar im Beruf umsetzbaren Aspekte von Ausbildung.

Österreichs Jugendliche und junge Erwachsene sind überwiegend zufrieden mit ihrer Ausbildung oder ihrem Beruf. Nur eine kleine Minderheit deklariert sich dezidiert unzufrieden mit Schule, Lehre, Studium oder Beruf. Die Gruppe, die mit ihrer derzeitigen Ausbildung am zufriedensten ist, sind die Studierenden. Rund 8 von 10 Studierenden geben an, ihr Studium „sehr gern“ oder „gern“ zu machen. Jeweils rund 70 Prozent der Berufstätigen bzw. Praktikanten und Lehrlinge zeigen sich mit ihrer Arbeit zufrieden, damit sind die Lehrlinge auch deutlich zufriedener als Österreichs SchülerInnen.

Trotz der hohen Zufriedenheit mit der Ausbildung berichten SchülerInnen über Druck und Stress, die sowohl von der Institution Schule als auch vom Elternhaus erzeugt werden. Der Stress verstärkt sich durch die Erwerbstätigkeit vieler SchülerInnen in den vorgesehenen Ruhe- und Erholungsphasen. So arbeiten 15 % der SchülerInnen über 15 Jahren während dem Schuljahr und fast die Hälfte in den Ferien.

Fragt man die Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach ihren Wünschen im Bildungsbereich, so fordern sie mehr individuelle Betreuung und Förderung und vor allem mehr Menschlichkeit und Einfühlungsvermögen von LehrerInnen und AusbilderInnen. Auch die Schule selbst sollte mehr individuelle Spielräume und Wahlmöglichkeiten bieten. Durchgehend ist die Forderung nach Allgemein- und Persönlichkeitsbildung, worunter die Jugendlichen solches Wissen verstehen, das nicht auf die unmittelbare berufliche Verwertbarkeit ausgerichtet ist. Auch die Ausbildung im Rahmen der Lehre sollte nicht nur auf die Vermittlung von Fachwissen reduziert werden.

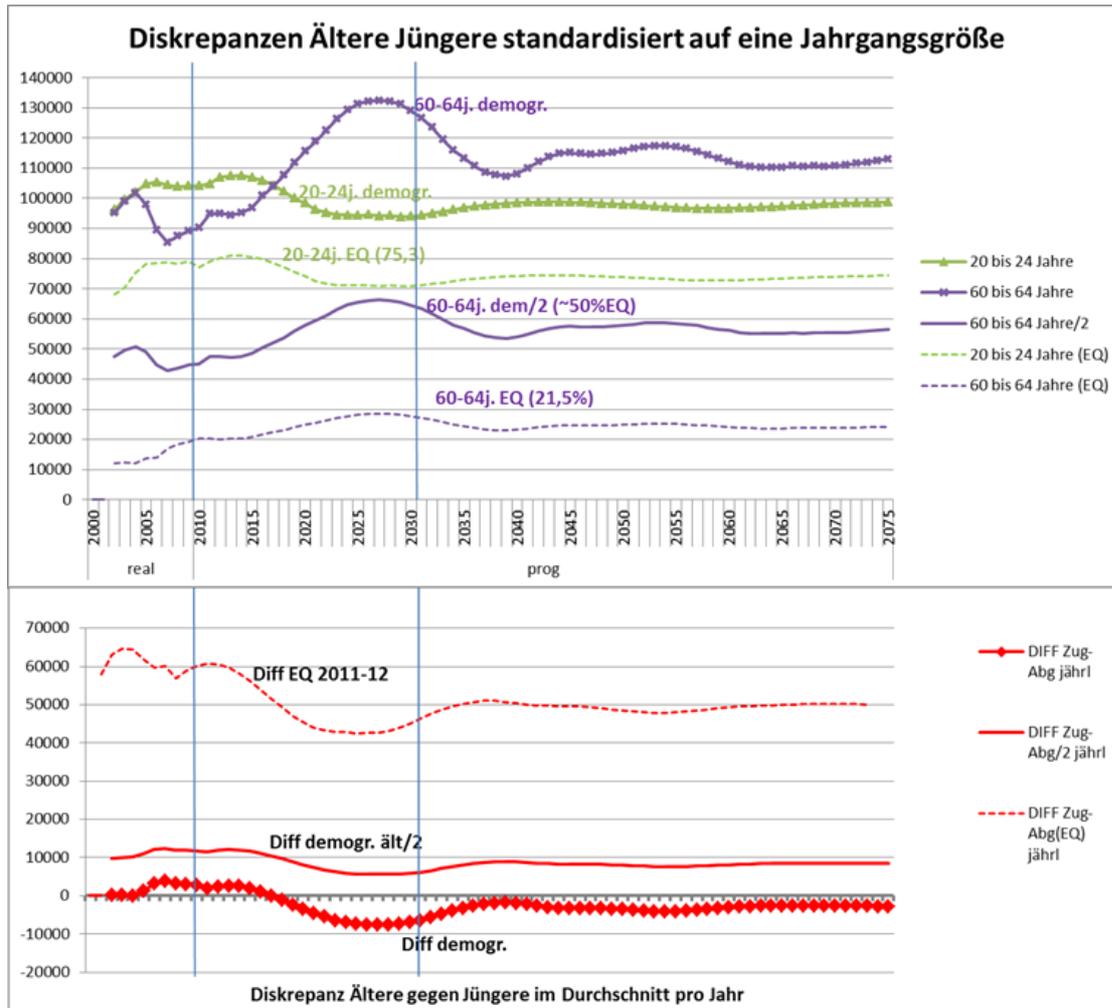
Da sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen überwiegend gut ausgebildet fühlen, blicken sie auch optimistisch in ihre (nähere) berufliche Zukunft. 79 Prozent der Lehrlinge gehen davon aus, dass sie nach Abschluss der Lehre von ihrem Lehrbetrieb übernommen werden. Gleichermäßen zuversichtlich zeigen sich die Studierenden. Damit ist auch die Angst vor Arbeitslosigkeit unter Österreichs Jugendlichen trotz Krise eher gering ausgeprägt.

Die Prioritäten der jungen Menschen in Österreich zeigen deutlich, dass heute postmaterialistische und materialistische Werthaltungen gleichermaßen die Sichtweise von Beruf und Arbeit prägen. Man möchte einen Beruf, der Spaß macht, der interessante Tätigkeiten beinhaltet und bei dem man sich im KollegInnenkreis wohl fühlt. Etwa die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen wünscht sich Entscheidungsfreiheit und Verantwortung im Job. Gute Bezahlung und Arbeitsplatzsicherheit sind etwa drei Vierteln besonders wichtig.

1.2. Demografische Entwicklung

Betrachtet man die vergangene und prognostizierte demografische Entwicklung nach Altersbändern, so sieht man in der Beschäftigung bereits in den letzten Jahren einen Rückgang der jüngeren und mittleren Jahrgänge und eine Steigerung der Älteren. Bereits ab dem Jahr 2017 wird es mehr 60 bis 64-Jährige Personen geben als 20 bis 24-Jährige. Daher werden aus Altersgründen mehr Personen aus dem Arbeitsmarkt austreten als eintreten.

Illustration der langfristigen Entwicklung des demografischen Ersatzbedarfs aufgrund der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria (Hauptvariante) und konstanten Erwerbsquoten:



Quellen: Statistik Austria, Berechnungen IHS (2012)

Am Höhepunkt dieser demographischen „Lücke“ im Jahr 2024 werden 135.411 60-Jährigen lediglich 90.992 20-Jährige in Österreich gegenüberstehen, dh die Zahl der 60-Jährigen wird jene der 20jährigen um mehr als 40.000 Personen überragen¹.

¹ Statistik Austria, IHS 2012

1.3. Armut und Armutsgefährdung von jungen Menschen

Österreich gehört zu den wohlhabendsten Ländern weltweit - was natürlich auf den Wohlstand der Jugendlichen Rückschlüsse ziehen lässt.

Nicht alle Jugendliche und jungen Erwachsenen können am Wohlstand hierzulande und den Zukunftschancen durch hohe Bildung und zunehmende Vernetzung mit dem Ausland teilhaben. In Österreich sind rund 268.000 Jugendliche armutsgefährdet.² Das entspricht einer Armutsgefährdungsquote der Jugendlichen (nach Sozialleistungen) von 15%.

Hinzu kommt, dass Jugendliche auch bei einem weiteren Faktor der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung eher schlecht abschneiden, der materiellen Deprivation. Diese gibt an, ob es für Personen möglich ist sich gewisse Dinge (insgesamt gibt es neun Indikatoren, bspw keine Mietrückstände oder es ist leistbar die Wohnung zu heizen, ein Handy zu haben oder aber auch auf Urlaub zu fahren) finanziell leisten zu können. Wenn bei mehr als vier dieser Indikatoren ein Mangel besteht, spricht man von erheblicher materieller Deprivation. 30 % der materiell deprivierten Personen sind in Österreich junge Menschen (bis 19 Jahre), das sind 98.000 Jugendliche.

Betrachtet man die Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbstätigkeit, so befinden sich an die 113.000 Jugendliche in einem Haushalt, in denen die Mitglieder im Referenzjahr weniger als 2,5 Monate erwerbstätig waren (ausgenommen Studierende). Insgesamt waren im Jahr 2011 331.000 Jugendliche (bis 19 Jahre) von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, das entspricht jeder/m 5. Jugendlichen.

Schuldnerprävention beginnt mit grundlegendem Wissen zum Umgang mit Geld. Dies ist besonders für junge ArbeitnehmerInnen relevant, die erstmals regelmäßiges Einkommen haben, wie Lehrlinge. Daher sind zu Beginn der Lehrausbildung entsprechende Workshops und Schulungen umzusetzen.

Bei Kontouberziehungen und Kreditvergaben an Jugendliche sollen Banken besonders verantwortungsvoll vorgehen. Daher erscheint es wichtig, bedarfsspezifische Produkte diesen Kundengruppen zur Verfügung zu stellen und darüber in geeigneter Weise zu informieren.

1.4 Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedarf nach Höherqualifizierung

Der Qualifikationsbedarf steigt in allen Berufen und Tätigkeiten. Verstärkt wird dies durch den wirtschaftlichen Strukturwandel. Die steigende Bedeutung von wissensintensiven Wirtschaftssektoren spielt künftig eine wichtige Rolle bei der Qualifikationsnachfrage.

Laut aktuellen Prognosen³ werden im Jahr 2020 drei Viertel der Beschäftigten im Dienstleistungssektor beschäftigt sein. Die hier am stärksten wachsende Berufsgruppen sind Gesundheitsberufe sowie Verkaufsberufe und Hilfskräfte. Aus dem Bereich der Sachgüterproduktion finden sich mit technischen Fachkräften sowie Produktions- und OperationsleiterInnen ebenfalls zwei stark wachsende Berufsgruppen (siehe dazu die Tabelle weiter unten). Rückläufig im Bereich der Sachgüterproduktion sind hingegen Anlagen- und MaschinenbedienerInnen.

Auf allen Ebenen verändern sich die Anforderungen an Qualifikationen und Kompetenzen der ArbeitnehmerInnen: Auch bei so genannten gering qualifizierten Tätigkeiten werden zunehmend Fähigkeiten vorausgesetzt, wie grundlegende Computer- und Fremdsprachenkenntnisse, Soft Skills, etc Der Trend geht daher nicht nur in Richtung

² Das bedeutet, ihr Haushaltseinkommen liegt unter einer Schwelle von 60% des nationalen äquivalisierten Medianeinkommens (2011: 1.066 Euro pro Monat für eine alleinstehende Person).

³ Quelle: Horvath / Huemer / Kratena / Mahringer (2012): Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2010 bis 2016. Wifo im Auftrag des AMS.

formaler Höherqualifizierung, sondern auch in Richtung lebensbegleitendes Lernen in Form von non-formalem und informellem Lernen.

Bereits jetzt werden die geburtenschwachen Jahrgänge am Arbeitsmarkt spürbar: Der Wettbewerb um Jugendliche nimmt deshalb zu, und zwar nicht erst bei Eintritt ins Erwerbsleben, sondern schon davor, wenn es um Ausbildung und Qualifizierung geht. Der zahlenmäßige Rückgang ist bereits jetzt in den Sekundarstufe II bemerkbar.

1.5 Zum Fachkräftebedarf - die mittelfristige Beschäftigungsprognose bis 2016

Grundsätzlich geht das Wifo⁴ davon aus, dass die Beschäftigung leicht ansteigen wird (jährlich +0,9 % relatives Wachstum), der überwiegende Anstieg wird im Bereich der Frauenbeschäftigung erwartet.

Zur Beschäftigungsprognose auf Ebene der Berufsgruppen geht das Wifo von einer starken relativen Zunahme an Berufen mit höheren Qualifikationsvoraussetzungen aus, insbesondere bei akademischen und leitenden Berufen (+3,5 % jährlich). Im Jahr 2016 werden etwa 17 % der Beschäftigten diesen Berufen zugerechnet werden können. Auf der zweithöchsten Berufshauptgruppe (+1,2 % jährlich) wird das Wachstum vor allem von technischen Berufen, den Gesundheitsberufen und den KindergartenpädagogInnen getragen. Auf diese Berufe werden 2016 rund 21 % der Beschäftigten entfallen. Der Bereich der Berufe auf mittlerem Qualifikationsniveau wächst etwas langsamer. Das stärkste Wachstum entfällt hier auf Dienstleistungs- und Verkaufsberufe (+1,7 % jährlich) und Büroberufe (+0,6 %). Nachdem es sich allerdings um den mit Abstand größten Berufsbereich mit knapp 51 % der Beschäftigten im Jahr 2016 handelt, sind in diesen Berufen die höchsten Zuwächse in absoluten Zahlen (knapp 9.000 Jobs jährlich) zu erwarten (siehe Wifo-Beschäftigungsprognose (2012)).

9 Berufsgruppen mit dem absolut stärksten Wachstum	2010	2016	Stärke des Wandels
Pflege- und verwandte Berufe	129.200	150.600	21.400
Krankenpflege-, Geburtshilfefachkräfte	68.800	88.500	19.700
Produktions-, OperationsleiterInnen	114.300	131.100	16.800
Verkaufsberufe	166.700	183.000	16.300
Verkaufs-, Dienstleistungshilfskräfte	209.100	223.300	14.200
Technische Fachkräfte	131.800	145.600	13.800
Dienstleistungsberufe in Gastronomie und Tourismus	126.100	139.900	13.800
NaturwissenschaftlerInnen	42.600	55.800	13.200
Biowissenschaftler-, MedizinerInnen	34.800	43.700	8.900

Quelle: Wifo Beschäftigungsprognose

1.6 Bildungserträge

Vergleicht man die verschiedenen Bildungsebenen nach Einkommen im Erwerbsleben, so ist die klare Hierarchie ersichtlich. Absolventinnen und Absolventen einer Lehrausbildung haben einen rund 15 % höheren Nettostundenlohn als Personen ohne weiterführenden Bildungsabschluss. Bei Männern beträgt der durchschnittliche Einkommensvorsprung zur Pflichtschulcategory bei Abschluss einer berufsbildenden mittleren Schule (BMS) 26 %, einer allgemein höheren Schulen (AHS) 30 %, einer berufsbildenden höheren Schule (BHS) 48 % und einer Hochschule (HS) 67 %. Die Rendite von Frauen mit mittleren und höheren Schulabschlüssen liegt zwischen 34 % (BMS) und 42 % bzw 43 % (AHS bzw BHS) und steigt mit einem Hochschulabschluss auf 75 % an (vgl Nationaler Bildungsbericht (NBB), 2012).

⁴ Ebd

Hinter diesen Durchschnittswerten verstecken sich zum Teil beträchtliche Unterschiede (Streuung). So verdienen etwa 25 % der BHS-AbsolventInnen mehr als 50 % der HochschulabsolventInnen⁵. Auch die Unterschiede zwischen den Fachrichtungen innerhalb der Bildungsebenen sind zum Teil erheblich. Überdurchschnittliche Erträge erzielen Personen mit einer Lehrausbildung in Wirtschaft (Versicherungskaufmann/-frau, Steuer- und VerwaltungsassistentIn) sowie Elektrotechnik. Unterdurchschnittliche Erträge sind dagegen mit Ausbildungen im Bereich Ernährung, Textil und Bekleidung, in Land- und Forstwirtschaft, im Gastgewerbe sowie in Friseur- und Schönheitspflege verbunden, typischerweise Frauendomänen⁶.

Im berufsbildenden mittleren Schulbereich stechen Ausbildungen in Land- und Forstwirtschaft sowie in Dienstleistungen mit unterdurchschnittlichen Erträgen hervor. KrankenpflegerInnen, die in der Statistik zu den BMS-AbsolventInnen gezählt werden, haben dagegen überdurchschnittliche Erträge, insbesondere weibliche, die im Durchschnitt höher sind als die Erträge von BHS-AbsolventInnen.

Bei den Männern sind die Erträge von Handelsakademie (HAK) und höhere technischer Lehranstalt (HTL) ähnlich hoch (50-55 % über Pflichtschule), sie liegen aber deutlich unter den entsprechenden Hochschulstudien (diese sind um 85-90 % erhöht gegenüber der Pflichtschule). Relativiert wird dieser Befund durch den früheren Einstieg von MaturantInnen ins Erwerbsleben.

Hochschulische Abschlüsse versprechen einen markanten Einkommenszugewinn, wobei Wirtschafts-, Rechts-, Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie Humanmedizin im Durchschnitt die höchsten Erträge abwerfen. Im Hochschulbereich sind die weiblichen Renditen (im Vergleich zur Pflichtschule!) unter der Voraussetzung gleicher Beschäftigungsbedingungen in vielen Bereichen deutlich höher als die männlichen, Ausnahmen sind aber die Kernfächer Wirtschaftswissenschaften, Naturwissenschaften sowie Technik- und Ingenieurwissenschaften. Bei HochschulabsolventInnen ist die Streuung der Einkommenshöhe mit Abstand am höchsten⁷.

Bei der Schätzung von Bildungserträgen wird versucht, herauszufinden inwieweit Bildungsabschlüsse auf das erzielbare Einkommen wirken

Individuelle Merkmale wie Motivation, allgemeine Fähigkeiten, persönliche Netzwerke oder auch verschiedene Entwicklungen und Nachfragen am Arbeitsmarkt bewirken, dass die geschätzten Erträge nicht kausal interpretierbar sind.

Allerdings lässt sich eine Annäherung an die Rendite von Bildungsinvestitionen treffen:

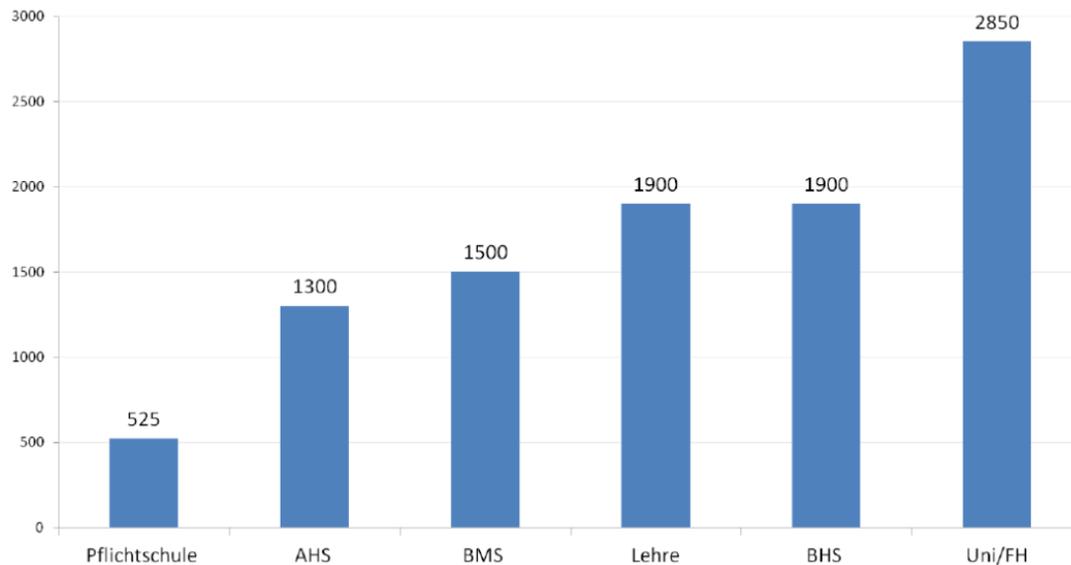
Ein zusätzliches Jahr in formaler Bildung führt über alle Arten von Bildung und Berufsbildung im Durchschnitt zu einem um 7 % höheren Nettostundenlohn.

⁵ Statistik Austria, Verdienststrukturerhebung (2010)

⁶ Ebd

⁷ Statistik Austria, Verdienststrukturerhebung (2010)

1.1.1.1 Brutto-Medianeinkommen (12 Monate nach Abschluss) nach Ausbildungsformen in Euro



Quelle: Statistik Austria, Bildungsmonitoring, im Auftrag von BMASK und AMS

1.7 Prüfung und Reflexion der Verantwortung für Defizite im Erstausbildungssystem

Etwa ein Drittel der 15jährigen SchülerInnen gilt nach den PISA-Tests als RisikoschülerInnen, bei denen es an grundlegenden Fähigkeiten (Lesen, Schreiben, Rechnen) nach Beendigung der Schulpflicht mangelt. Diese Defizite sind sowohl für einen erfolgreichen Eintritt ins Erwerbsleben als auch für alle weiterführenden Bildungswege wesentliche Hindernisse. Das Arbeitsmarktservice (AMS), aber auch viele weiterführende Bildungseinrichtungen, müssen diese Defizite durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik bzw. Vorbereitungs- und Nachhollehrgänge ausgleichen. Über das Angebot an gebührenfreiem Nachholen von Hauptschulabschluss und Basisbildung seit 2012 wurden Entlastungsmaßnahmen getroffen. Dennoch soll eine intensive Diskussion und Reflexion über Finanzierungsverschiebungen zwischen Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik geführt werden. Schulfinanzierung soll - unter der Einhaltung von Qualitätsstandards - nach Maßgabe der AbsolventInnenzahlen ergebnisorientiert erfolgen, Schulen mit mehr sozial benachteiligten Kindern sollen mehr Ressourcen erhalten und die Ergebnisverantwortung soll eng an die Erreichung der Standards gebunden werden.

2 Jugendliche und Bildung

2.1 Jugendliche und Bildungsbeteiligung

Bei den Abschlussquoten liegt Österreich über dem EU-Durchschnitt. Im Jahr 2010 verteilten sich die Bildungsabschlüsse der 20 bis 24jährigen wie folgt: 14 % hatten keinen Abschluss der Sekundarstufe II, 34 % hatten einen Lehrabschluss, 10 % den Abschluss einer berufsbildenden mittleren Schule, 37 % eine Matura (19 % BHS, 18 % AHS) und 4 % verfügten über einen tertiären Abschluss. Vor allem das Bildungsniveau der Frauen hat sich stark verbessert und liegt über jenem der Männer.

Der Nationale Bildungsbericht 2012 weist einen starken Zusammenhang zwischen Bildungsherkunft und Ausbildungsstatus aus. Die soziale Herkunft ist die zentrale Ungleichheitsdimension. Einzig den berufsbildenden höheren Schulen gelingt es, soziale und regionale Ungleichheiten auszugleichen.

2.2 Mehrsprachige Jugendliche

In größeren Städten bilden SchülerInnen mit einer anderen Erstsprache als Deutsch die Mehrheit in den Pflichtschulen. Im Schuljahr 2011/12 liegt der Anteil dieser SchülerInnen österreichweit bei 24,8 % (Wien 53,9 %) in den Volksschulen und 21,7 % (Wien 66,0 %) in den Hauptschulen.

Rund 58 % jener Kinder mit Deutsch als Zweitsprache benötigen im Kindergarten zusätzliche Fördermaßnahmen, um ein altersadäquates Sprachniveau zu erreichen.

Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in der Lehre deutlich unterrepräsentiert. So lag im Schuljahr 2011/12 der Anteil von SchülerInnen mit nicht-deutscher Umgangssprache an Berufsschulen bei 10,6 %, während ihr Anteil in der Polytechnischen Schule als klassische Vorstufe zur Lehrausbildung 25,5 % (Wien 63,3 %) ausmacht. Auch innerhalb der Lehrberufe bestehen große Unterschiede: Es gibt Lehr- und Ausbildungsberufe, zu denen mehrsprachige SchülerInnen nur schwer Zugang finden. So sind in einem Viertel der Lehrberufe überhaupt keine mehrsprachigen SchülerInnen vertreten, bei 78 von insgesamt 273 Berufsschultypen liegt ihr Anteil bei weniger als 1 %. Dahingegen sind Jugendliche in der überbetrieblichen Lehrausbildung (ÜBA) überdurchschnittlich vertreten.

2.3 Berufs- und Bildungswegorientierung

Das österreichische Bildungssystem fordert im internationalen Vergleich eine frühe Bildungs- und Berufswahl. Nach einer ersten Differenzierung im Alter von 10 Jahren müssen mit 14 bzw 15 Jahren Entscheidungen getroffen werden, die sich nachhaltig auf den zukünftigen Lebensweg der Jugendlichen auswirken. Dazu kommt, dass die SchülerInnen sich zu diesem Zeitpunkt in einem einschneidenden psychischen und körperlichen Entwicklungsprozess befinden, in dem sich Interessen und Neigungen schnell verändern können.

Entscheidende Einflussgrößen bei der Bildungs- und Berufswahl sind meist Eltern, Peer Groups, Wohnort aber auch traditionelle Berufsbilder. Letztere führen zu einer besonders hohen Konzentration der Mädchen auf wenige Lehrberufe und zu einem hohen Mädchenanteil bei kaufmännischen und humanberuflichen Schulen⁸. Nach Abschluss der Ausbildung sind oft Benachteiligungen am Arbeitsmarkt zu beobachten. Um die Zahl der Mädchen in nichttraditionellen Lehrberufen zu steigern, schlagen die Sozialpartner frühzeitige Information und begleitende Maßnahmen (spezielle Mädchen- und Frauenförderungsprogramme) vor. Erst die Reflexion der eigenen Stärken und Interessen, das Erkennen der eigenen Fähigkeiten, das Wissen, welche Berufe mit welchen Tätigkeiten, Anforderungen, Ausbildungswegen, Arbeitsbedingungen, Einkommen und

⁸ Siehe auch Kapitel 3.6

Beschäftigungschancen verbunden sind, ermöglicht jedoch eine fundierte Entscheidung über persönliche Bildungs- und Berufsziele.

2.4 Übergänge und Durchlässigkeit im österreichischen Bildungssystem

Eine gute Ausbildung ist nach wie vor eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilhabe am Arbeitsmarkt und am Leben in der Gesellschaft. Investitionen in ein Bildungssystem sind auch Investitionen in die Jugend. Das Bildungssystem muss jedem einzelnen Jugendlichen gerechte Chancen bieten, den Bildungsabschluss zu erreichen, der den individuellen Fähigkeiten und Interessen optimal entspricht. Trotz vieler bereits bestehender Möglichkeiten, die die Durchlässigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung sowie die Chancen auf Höherqualifizierung unterstützen, zeigt sich, dass bestimmte Übergänge im österreichischen Bildungssystem nach wie vor stark selektiv und einschränkend wirken.

Bereits die Schulwahl beim Übergang von der Volksschule in den Sekundarbereich I entscheidet maßgeblich den weiteren Bildungsverlauf. In der Folge entscheiden sich 95 % der SchülerInnen der AHS-Unterstufe für den Besuch einer maturaführenden Schule. Von den HauptschülerInnen bzw SchülerInnen der Neuen Mittelschule (NMS) wechseln 21 % in eine Berufsbildende Mittlere Schule (BMS) und 28 % in die Polytechnische Schule (PTS). Nur 37 % setzen ihre Ausbildung an einer maturaführenden Schule (7 % AHS-Oberstufe, 30 % BHS) fort. Allerdings bedeutet der Schuleintritt in eine BHS noch nicht, dass dieser Weg auch erfolgreich abgeschlossen wird. Vor allem in der 10. Schulstufe sinkt der Anteil der SchülerInnen an den BHS deutlich.

2.5 Schnittstelle 9. Schulstufe

Der Übergang zwischen 8. und 9. Schulstufe stellt einen weiteren neuralgischen Punkt im Bildungssystem dar. Die Mehrheit der SchülerInnen ist an dieser Schnittstelle zwingend mit einem Schulwechsel konfrontiert, da die Schulpflicht erst nach 9 Jahren erfüllt ist.

Die OECD-Studie „Learning for Jobs“ (2010) sprach in ihrer Analyse des österreichischen Bildungssystems von einer „strukturelle Anomalie“ am Ende der Pflichtschule. Dadurch, dass die Sekundarstufe II ein Jahr vor Ende der Pflichtschulzeit beginnt und die duale Ausbildung grundsätzlich nicht direkt an die Sekundarstufe I anschließt, wurden an dieser Nahtstelle einjährige Ausbildungsangebote, das bekannteste davon die Polytechnische Schule, eingerichtet. Es ist allerdings festzustellen, dass zu viele Übergangsstellen Unübersichtlichkeit für die Betroffenen schaffen und zu vermehrten Drop-Outs beitragen.

Die Polytechnische Schule wird von immer mehr SchülerInnen umgangen. Die berufsorientierenden und berufsvorbereitenden Inhalte der Polytechnischen Schule werden von den Sozialpartnern als sehr wesentlich erachtet. Viele SchülerInnen absolvieren stattdessen die 9. Schulstufe in einer berufsbildenden mittleren oder höheren Schule, da sie sich im Falle des Ausscheidens aus einer BMHS nicht zuletzt bessere Chancen bei der Suche nach einer Lehrstelle erhoffen. So gehen zB von 100 AnfängerInnen der Handelsschule nur 55 weiter in den zweiten Jahrgang, von 100 AnfängerInnen der HTL verbleiben 74 im zweiten Jahrgang. Umgekehrt kommt in den Berufsschulen bereits rund ein Drittel der SchülerInnen aus einer AHS oder BMHS. Nur mehr 35 % haben zuvor eine Polytechnische Schule besucht.

2.6 Früher Bildungsabbruch

2012 betrug der Anteil der Early School Leavers⁹ (ESL) in Österreich 7,6 %. Die Gruppe der ESL umfasst sowohl jene Jugendlichen, die nach der Pflichtschule die Schullaufbahn

⁹ Bei den sogenannten Early School Leavers („frühe BildungsabbrecherInnen“) handelt es sich um junge Menschen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren, die keinen höheren Bildungsabschluss als ISCED 3c (zB Polytechnische Schule) erreicht haben und

beenden, als auch jene, die eine weiterführende Ausbildung beginnen, diese aber vorzeitig abbrechen.

Tatsache ist, dass MigrantInnen (erste Generation) ein siebenfach erhöhtes Risiko haben, Jugendliche der zweiten Generation auch immer noch ein fünffach erhöhtes Risiko vorzeitig aus dem Bildungssystem auszuschneiden. Eine Ursache für frühen Schulabbruch ist, dass die Schule in ihrer jetzigen Form von den befragten Jugendlichen als „Ort des Scheiterns“ erlebt wird. Sehr häufig berichteten die SchülerInnen, dass sie die Schule ohne weitreichende Konsequenzen geschwänzt hatten. Schulabsentismus ist demnach ein wesentlicher Faktor bei einem bevorstehenden Schulabbruch.

2.1.1 Empfehlungen und Forderungen

2.1.1.1 Frühkindliche Bildung und Erziehung

- Ausdehnung des verpflichtenden Besuchs des Kindergartens auf zwei Jahre, um alle Kinder noch besser auf den Schulbesuch vorzubereiten.
- Sprachförderung: Sprachstandfeststellung zu Beginn und am Ende des Kindergartenbesuchs und darauf basierende Sprachfördermaßnahmen in Deutsch und gleichermaßen Förderung der Erstsprache.
- Ausbau der wissenschaftlichen Forschung (ua Schaffung zusätzlicher Lehrstühle) und Einrichtung tertiärer Bildungsgänge für frühkindliche Pädagogik.
- Verbesserte Zusammenarbeit und Rückmeldung beim Übertritt vom Kindergarten in die Schule.
- Investitionen in die Qualität der Frühkindbetreuung: Senkung der Gruppengrößen, weitere Verbesserung der Aus- und Fortbildung von KindergartenpädagogInnen (Hochschulniveau), der KindergartenassistentInnen und der KinderbetreuerInnen.

2.1.1.2 Ausbau ganztägiger Schulformen

- Weiterer bedarfsorientierter Ausbau ganztägiger Schulformen. Das Angebot soll in zumutbarer Entfernung zum Wohnort in allen Regionen bedarfsorientiert und flächendeckend in allen Schulen der Primar- und Sekundarstufe I ganztägig geführt werden.
- Verbesserung der Qualitätsstandards bei der Nachmittagsbetreuung und Ausweitung der individuellen Lernhilfen im Rahmen der Nachmittagsbetreuung.
- Bundesweit einheitlicher, gestaffelter Beitragssatz für die Nachmittagsbetreuung, der die Kosten für die Betreuungszeit für alle Familien erschwinglich macht.

2.1.1.3 Sprachförderung ausbauen

- Erhöhung des Lehrpersonals in Klassen mit Sprachförderbedarf.
- Flächendeckende Leseförderung für alle SchülerInnen mit Sprachförderbedarf.
- Um den bestehenden Bedarf an hochwertiger Deutschförderung im Kindergarten und in der Schule zu decken, sollte für alle pädagogischen Berufe der Ausbildungsteil „Umgang mit Mehrsprachigkeit“ verpflichtend sein.
- Ausbau von Maßnahmen zur Elternarbeit, insbesondere Einbindung bildungsferner und nichtdeutschsprachiger Eltern.

2.1.1.4 Berufs- und Bildungswegorientierung nachhaltig aufwerten

- Berufs- und Bildungswegorientierung verpflichtend als eigener Gegenstand in allen Schultypen der Sekundarstufe I (NMS, AHS-Unterstufe) sowie in der Sekundarstufe II im Hinblick auf weiterführende Bildungswege.
- Berufsorientierung, Berufsinformation und Stärkenprofil (Potenzialanalyse) mit persönlicher Beratung unter Berücksichtigung des prozesshaften Charakters der Berufsorientierung.

sich aktuell nicht in Ausbildung befinden. Bezogen auf das österreichische Bildungssystem bedeutet dies, dass Personen, die keinen Abschluss auf Ebene der Sekundarstufe II erreichen konnten, als Early School Leavers gelten.

- Ausbildungsoffensive in der LehrerInnenfortbildung, damit der gesetzliche Auftrag an den Schulen erfüllt werden kann.
- Stärkere Einbeziehung der Eltern in den Berufsorientierungsprozess.
- Verbesserung der Zusammenarbeit der Schulen mit außerschulischen Serviceeinrichtungen, verpflichtende Einbindung externer ExpertInnen der Sozialpartner und aus der Arbeitswelt.
- Entwicklung von best practice Modellen im Hinblick auf Gender und Diversity Förderung bei der geschlechtssensiblen Berufsorientierung.

2.1.1.5 Schulpflicht neu denken

- Umfassende Entwicklung der Potentiale der Kinder und Jugendlichen durch individuelle Leistungsdifferenzierung ohne beschränkende Festlegung durch eine frühe Bildungsentscheidung. Auf diese Weise werden die Potentiale der Kinder und Jugendlichen besser genutzt.
- Neufassung der Schulpflicht als weitgehende Pflicht zur Erreichung der im Pflichtschulabschluss definierten Bildungsziele.
- Individualisierter und qualitätsgesicherter Unterricht, der sich an der persönlichen Leistungsfähigkeit und Lerngeschwindigkeit der SchülerInnen orientiert.
- Um die strukturellen Probleme der 9. Schulstufe - wie die zahlreiche Umgehungen der Polytechnischen Schule, der doppelte Übergang innerhalb eines Jahres für SchülerInnen der Polytechnischen Schule, sowie die fehlende Synchronizität zwischen vollschulischer und dualer Berufsbildung zu lösen - fordern die Sozialpartner die kommende Bundesregierung auf, eine grundlegende Reform der 9. Schulstufe unter Einbindung der Expertise der Sozialpartner vorzusehen.

2.1.1.6 Reform bei der Ressourcenzuteilung an Schulen nach sozialer Zusammensetzung der SchülerInnengruppen und Ergebnisorientierung

- Schulen mit mehr sozial benachteiligten Kindern (z.B. bildungsferner Familienhintergrund) sollen mehr Ressourcen erhalten, da sie unter schwierigeren Bedingungen arbeiten.
- Nach Prüfung der Erfahrungen anderer Vergleichsländer soll ein für Österreich passendes Modell unter Einbeziehung der wichtigsten Stakeholder entwickelt und in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden.
- Statt über SchülerInnenkopffzahlen soll die Schulfinanzierung - unter Einhaltung von Qualitätsstandards - nach Maßgabe der AbsolventInnenzahlen ergebnisorientiert erfolgen.

3 Der Stellenwert der Lehre im Rahmen der österreichischen Berufsbildung

3.1 Image der Lehre

Die Lehrlingsausbildung hat trotz guter Ergebnisse bei internationalen Wettbewerben (WorldSkills, EuroSkills) und der aktuell hohen internationalen Anerkennung wegen ihres Beitrages zu einer niedrigen Jugendarbeitslosigkeit in Österreich mit Imageproblemen zu kämpfen. Schulen (AHS und BHS) erhöhen zunehmend ihren Anteil an der Ausbildung Jugendlicher; die Lehrlingsausbildung läuft in Gefahr im Zuge der demographischen Entwicklung an Anteilen zu verlieren.

Die Sozialpartner legen ein Bekenntnis zur dualen Lehrlingsausbildung ab. Damit die Lehrlingsausbildung in den nächsten Jahrzehnten neben vollschulischen Ausbildungsangeboten bestehen kann, sind allerdings dringend weitere Schritte zur Modernisierung des Berufsbildungssystems erforderlich.

Grundsätzlich soll eine duale Ausbildung als Einstieg in die Arbeitswelt Jugendliche zu lebensbegleitendem Lernen befähigen, daher ist auf die Qualität der dualen Ausbildung (Betrieb und Berufsschule) besonderes Augenmerk zu legen.

3.2 Qualität in der Lehrlingsausbildung

Die Qualität der Ausbildung ist ein wesentlicher Faktor, wenn es um das Image der Lehre geht. Vorrangige Ziele dabei sind das Erkennen von Verbesserungspotential bei der betrieblichen Ausbildung, Verbesserung der Ausbildungsqualität, Steigerung der Attraktivität des eigenen Betriebes als Ausbildungsbetrieb sowie das Verhindern von Lehrabbrüchen.

Zur Verbesserung und Sichtbarmachung der Ausbildungsqualität sind unterstützende Angebote und Maßnahmen wichtig. Dabei kommt insbesondere der Aus- und Weiterbildung der AusbilderInnen, sowohl in fachlicher Hinsicht als auch betreffend der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, große Bedeutung zu.

Einen wichtigen Indikator stellen die Erfolgsquoten in der Ausbildung und bei den Lehrabschlussprüfungen dar. Im Sozialpartnerpapier „Bildungsfundamente“ haben sich die Sozialpartner auf ein Qualitätsmanagementsystem mit dem Ziel der Steigerung dieser Quoten geeinigt.

3.3 Erfolgsquoten

Betrachtet man Personen, die aus einem betrieblichen Lehrverhältnis kommen, und die 2011 ihre Lehre abgeschlossen haben, bestehen 78,9 % beim ersten Antritt ihre Lehrabschlussprüfung; bis Ende 2012 verfügen in Summe unter Berücksichtigung der wiederholten Antritte 88,4 % über eine positive Lehrabschlussprüfung. 5,1 % sind zwar mindestens einmal zu einer Prüfung angetreten, haben aber kein positives Ergebnis, und 6,6 % sind trotz abgeschlossener Lehrzeit zu keiner Lehrabschlussprüfung angetreten. 15,9 % sind aus der Lehre ausgeschieden, ohne die Lehrzeit abzuschließen, sie sind somit LehrabbrecherInnen.

3.4 Ergebnisse der Standing Committees

Die Ergebnisse der „AMS Standing Committees on New Skills“ (eingerrichtet vom AMS, um die von der Wirtschaft in Zukunft benötigten Qualifikationen, Kenntnisse und Kompetenzen zu ermitteln und die Ergebnisse in Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose umzusetzen) zeigen einen zunehmenden Bedarf an Fremdsprachen, insbesondere Englisch und sozialen Kompetenzen, wie Team- und Kommunikationsfähigkeit, selbständiges Arbeiten, Koordinationsfähigkeit und Selbstmotivation. Das hat nicht nur Implikationen für die Weiterbildung, sondern auch für die Erstausbildung.

3.5 Jugendliche mit Migrationshintergrund

Jugendliche mit Migrationshintergrund sind oft bereits während der Schulpflicht benachteiligt und sind im Durchschnitt bei ihrer Schulkarriere deutlich weniger erfolgreich. Dies setzt sich auch beim Übergang in die duale Ausbildung fort, Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in der dualen Ausbildung deutlich unterrepräsentiert. Andererseits ist ihr Anteil in der überbetrieblichen Ausbildung und auch in der Integrativen Berufsausbildung besonders hoch. Auch sind besonders viele Jugendliche mit Migrationshintergrund beim AMS arbeits- oder lehrstellensuchend gemeldet.

Finden Jugendliche mit Migrationshintergrund einen Lehrstellenplatz, sind sie überdurchschnittlich in Branchen mit starker saisonaler Ausprägung bzw in Niedriglohnbranchen zu finden. Neben oft deutlich erschwerten Bedingungen am Arbeitsmarkt ist oft auch mangelnde Information über Berufswahl und das duale Ausbildungssystem der Jugendlichen und Eltern dafür verantwortlich.

3.6 Frauen in nicht traditionellen Lehrberufen

Fast die Hälfte der Mädchen wird in 3 Lehrberufen (Einzelhandel, Bürokauffrau und Friseurin) ausgebildet (2008 waren es 48,5 %, 2012 waren es 47,9 %). Bei den Burschen dominieren - etwas weniger stark konzentriert - hingegen der Metall- und Elektrobereich und KFZ-Technik und Sanitär-, Heizungs- und Klimatechniker.

Die Berufswahl von Jugendlichen in Österreich entspricht nach wie vor häufiger gängigen geschlechtsstereotypen Rollenbildern als individuellen Interessen. Um einen gleichmäßigen Zugang von Mädchen und Burschen zu den unterschiedlichen Lehrberufen zu unterstützen, sieht die Richtlinie zur Förderung der betrieblichen Ausbildung von Lehrlingen daher eine Förderung von Mädchen in Lehrberufen mit einem Frauenanteil von max 30 % vor. Im Jahr 2012 wurden im Rahmen der sogenannten Genderförderung 19 Projekte mit einem Gesamtbetrag von € 103.112 gefördert¹⁰.

Entwicklungspotential besteht noch bei Begleitmaßnahmen, wenn Mädchen männerdominierte Lehrberufe ergriffen haben. Für erwachsene Frauen, die an Ausbildungsprogrammen in technische Berufe teilnehmen (FIT) gibt es solche „Rampen“maßnahmen. Für Lehrlinge gibt es dieses Angebot nicht. Die Sozialpartner sprechen sich für den Ausbau entsprechender Begleitmaßnahmen aus.

3.7 Rückgang der Zahl der Lehrlinge in Ausbildungsbetrieben

Ende Schulpflicht	Anzahl der 15-jährigen im Jahresdurchschnitt	Anzahl der Lehrlinge im 1. Lehrjahr	Anteil der Lehrlinge im 1. Lehrjahr an der Anzahl der 15-jährigen
2008	99.720	39.145	39,3
2009	97.890	34.931	35,7
2010	94.760	35.102	37,0
2011	93.624	35.638	38,1
2012	92.400	34.062	36,9

Quellen: Daten: WKÖ-Lehrlingsstatistik, Statistik Austria

Seit dem zwischenzeitlichen Höhepunkt der demographischen Entwicklung im Jahr 2008 sind die LehrlingInnenzahlen im Zuge der Wirtschaftskrise deutlich gefallen. Nach

¹⁰ Förderbar sind Projekte von Lehrbetrieben wie zB Kooperationen mit Schulen, Aktivitäten zur Berufsinformation oder Bewusstseinsbildung im eigenen Unternehmen. Dazu ist vor Projektbeginn bei der zuständigen Lehrlingsstelle ein Projektantrag einzureichen, über dessen Annahme der Förderausschuss des Bundesberufsausbildungsbeirates entscheidet. Nach Projektende ist ein kurzer Abschlussbericht einzureichen, der die Ergebnisse des Projektes dokumentiert. Basierend auf der BAG-Novelle 2011 sind seit 1.1.2012 neben Lehrbetrieben auch einschlägig befassete Trägereinrichtungen (zB Vereine zur Unterstützung von Mädchen und jungen Frauen) berechtigt, Förderansuchen für betriebliche Genderprojekte einzureichen. Wengleich diese Maßnahme den Betrieben die Projektabwicklung wesentlich erleichtern sollte (zB indem nunmehr auch Trägereinrichtungen diesen Part übernehmen könnten), ist bis dato noch kein Anstieg der Förderfälle zu verzeichnen.

zwischenzeitlichem Anstieg sind die Zahlen 2012 auch wieder im Anteil an der Wohnbevölkerung gesunken.

3.8 Durchlässigkeit zwischen Lehre und Schule

Seit Februar 2013 gibt es einen Erlass, der festlegt, welche berufsbildende mittlere oder höhere Schule für welchen Lehrberuf facheinschlägig ist; in diesen Lehrberufen können die AbsolventInnen dann keinen Lehrvertrag mehr abschließen, sondern sind gemäß § 34a des Berufsausbildungsgesetzes (BAG) bei einer Einstellung als Fachkräfte einzustufen. Eine Anrechnung von in der Lehre absolvierten Inhalten auf nachfolgende schulische Ausbildungsgänge fehlt allerdings immer noch. Ziel muss es sein, dass die innerhalb einer Lehrausbildung erworbenen Kompetenzen auch angerechnet werden und Lehrlinge bzw LehrabsolventInnen unter Anrechnung bereits erworbenen Wissens auch in schulische Ausbildungsgänge einsteigen können.

3.1.1 Empfehlungen und Forderungen

3.1.1.1 Qualitätssicherung in der Lehre und in den überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen

3.1.1.2 Lehre und Berufsschule

- Schwerpunktberufsschulen: zentrale Einschulung für facheinschlägige Lehrberufe zentral für ganz Österreich. Durch die Bündelung der vorhandenen finanziellen Mittel und Ressourcen ist eine qualitativ höhere Ausstattung an den Kompetenzzentren möglich bzw ist der adäquate Einsatz der facheinschlägigen Lehrkräfte besser gewährleistet. Für Lehrberufe, welche eine geringe Lehrlingskopfzahl aufweisen, soll es zu einer verbindlichen Konzentration der Berufsschulstandorte bei gleichzeitiger Aufhebung der gesetzlich vorgeschriebenen Sprengel kommen.
- Stärkere Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Betrieb, um durch diesen Austausch den Praxisbezug in der schulischen Ausbildung zu erhöhen.
- Die Berufsschule soll schrittweise weiter modernisiert und aufgewertet werden. Die Berufsschule soll, allenfalls in Kooperation mit den BMHS, ihren Beitrag zu Lehre und Matura übernehmen. Dazu sollen auch unterschiedliche Organisationsformen und Schulanteile ermöglicht werden, soweit es die erforderliche betriebliche Ausbildungszeit zulässt.

3.1.1.3 Betriebliche Ausbildung

- Für Betriebe sollen verstärkt Unterlagen und Angebote für systematisches Qualitätsmanagement ausgearbeitet und zur Verfügung gestellt werden.
- Umsetzung des Konzepts zur systematischen Qualitätssicherung in der betrieblichen Lehrausbildung auf Basis der jährlichen Antritts- und Erfolgsquoten bei der Lehrabschlussprüfung.
- Maßnahmen zur Reduzierung der Durchfallsquoten bei der Lehrabschlussprüfung sowie Erhöhung der Zahl derer, die zur Lehrabschlussprüfung antreten und derer, die nach einer negativen Lehrabschlussprüfung wieder antreten: Unterstützungsmaßnahmen für Lehrlinge, Beratung der Betriebe bei der Gestaltung des Ausbildungsprozesses, kostenlose Vorbereitungskurse für die Lehrabschlussprüfung).
- International und in anderen Sektoren der beruflichen Bildung vorliegende Instrumente sollten angepasst und Ausbildungsbetrieben und ÜBAs für das Qualitätsmanagement zur Verfügung gestellt werden. Entsprechende Entwicklungsarbeiten, die Anwendung begleitender Handbücher und Angebote von Beratungsleistungen sowie entsprechende Pilotierungen müssen für interessierte

Betriebe und Ausbildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt und aus der Lehrstellenförderung bezahlt werden.

- Die Aus- und Weiterbildung der AusbilderInnen insbesondere in den Bereichen des methodischen und didaktischen Know-how sollte verstärkt werden.
- Neuerliche Überprüfung der Eignung des Ausbildungsbetriebs durch die Lehrlingsstelle unter Beiziehung der Arbeiterkammern, wenn in einem Betrieb länger als 10 Jahre nach der letzten Lehrlingsaufnahme keine Lehrlinge ausgebildet wurden.
- Repräsentative Befragung von Lehrlingen und LehrabsolventInnen zur Ausbildungsqualität im Betrieb alle drei Jahre im Auftrag der Sozialpartner, gegebenenfalls gemeinsam mit Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) und Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK).
- Die Kriterien für die staatliche Auszeichnung für Lehrbetriebe sollen neu geordnet werden, wobei bei hohem Qualitätsanspruch alle Betriebsgrößen der ausbildenden Betriebe repräsentativ zu berücksichtigen sind. Beim sichtbaren Führen der Auszeichnung ist diese mit dem Datum der Verleihung zu versehen.

3.1.1.4 Lehrstellenförderung

- Begleitmaßnahmen, wenn Mädchen männerdominierte Lehrberufe ergriffen haben: Ähnlich der Programme für erwachsene Frauen, die an Ausbildungsprogrammen in technische Berufe teilnehmen (FIT) - „Rampen“-maßnahmen.

3.1.1.5 Sonstiges

- Anrechnung von in der Lehre erworbenen Inhalten auf nachfolgende schulische Ausbildungsgänge.
- Ermöglichung des kostenfreien Nachholens von Lehrabschlüssen im Sinne der Sozialpartnerforderung, dass alle formalen Ausbildungen der Sekundarstufe I und II unabhängig vom Alter kostenfrei sein sollen.

3.1.1.6 Überbetriebliche Ausbildungseinrichtungen

- Bei der Auswahl der Lehrberufe in der ÜBA müssen gute Arbeitsmarktchancen für Jugendliche ein wesentliches Kriterium darstellen.
- Die Überprüfung der fachlichen Ausbildungsvoraussetzungen und des Ausbildungsverlaufes in den Ausbildungseinrichtungen hat systematisch durch das AMS, gegebenenfalls unter Beiziehung von ExpertInnen der Sozialpartner, zu erfolgen.
- Qualitätssicherung bei AusbilderInnen in der ÜBA: Ausbildungseinrichtungen können sich (gemäß der entsprechenden Richtlinie des AMS) nur dann um die Durchführung einer Überbetrieblichen Lehrausbildung bewerben, wenn sie über eine entsprechende Anzahl an Personen verfügen, die die Voraussetzungen für eine Lehrausbildung haben. Um hier entsprechende Qualität zu gewährleisten, müssen diese Voraussetzungen vom AMS unter Beiziehung weiterer ExpertInnen verstärkt überprüft werden.
- Verstärkte sozialpädagogische Betreuung für Jugendliche, die in einem schwierigen sozialen Umfeld aufgewachsen sind.

3.1.1.7 „Lehre und Matura“ und Berufsreifeprüfung für Jugendliche zugänglicher machen

- Österreichweit einheitliche Kriterien zur Teilnahme, Anmeldung und Durchführung sowie österreichweit einheitliche Förderungen.
- Verbesserung der regionalen Angebotsstruktur.
- Lehre mit Matura kostenlos, auch wenn die erste Teilprüfung erst nach dem Lehrabschluss erfolgt.

- Gebührenfreier Zugang zur Berufsreifeprüfung für alle Jugendlichen, auch für FachschülerInnen.
- Der Anteil der Lehrlinge und LehrabsolventInnen, die die Berufsreifeprüfung ablegen und dadurch eine Matura mit voller Hochschulberechtigung erhalten, soll weiter erhöht werden.

3.1.1.8 Verbesserung des Berufseinstiegs für Jugendliche mit migrantischem Hintergrund

- Ausbau der Information über mögliche Lehrberufe und weitere Berufs- und Ausbildungswege, nicht nur für SchülerInnen, sondern auch für Eltern unter Einbeziehung regionaler Strukturen, sowie der communities. Diese Informationsveranstaltungen und Materialien sollten nicht nur in deutscher, sondern in mehreren Sprachen vorhanden sein, um jedenfalls auch Eltern mit migrantischem Hintergrund besser zu erreichen.
- Vor allem Mädchen sollten bei der Ausbildungswahl dahingehend verstärkt unterstützt werden, vermehrt zukunftssträchtige und nicht traditionelle Berufe zu erlernen.
- Ausweitung und flächendeckende Umsetzung von best practice Modellen zur Vermeidung von Diskriminierung.
- Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Lehrausbildung erhöhen.
- Erhöhung der Motivation von Betrieben zur Aufnahme junger Menschen, insbesondere auch bei UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund.
- Interkulturelle Kompetenz soll, wie andere Schlüsselqualifikationen in allen beruflichen Erstausbildungen als Ziel verankert werden und eine entsprechende Rolle in der Ausbildung von LehrerInnen und TrainerInnen spielen.

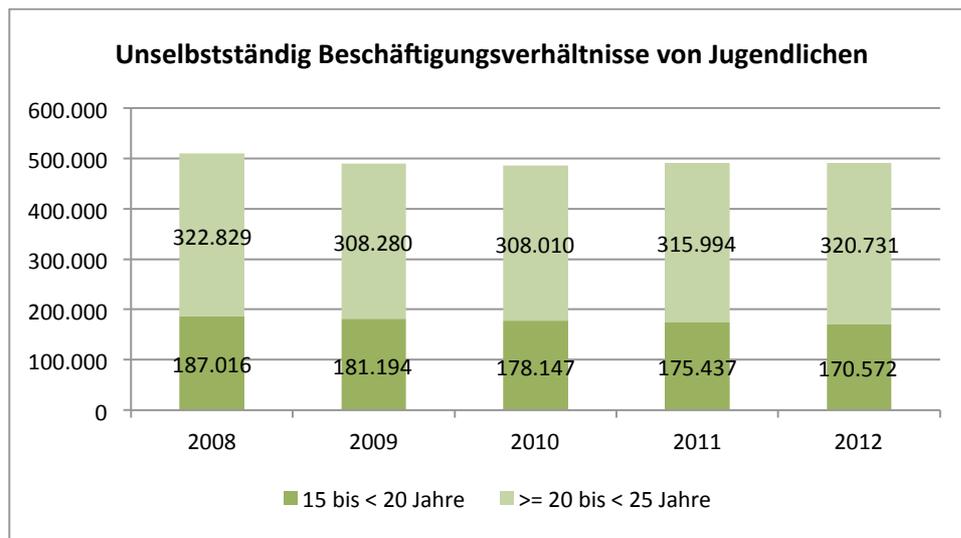
4 Jugendliche in der Arbeitswelt

4.1 Beschäftigung von Jugendlichen

Im Jahr 2012 gab es in Österreich durchschnittlich 491.303 unselbständige Beschäftigungsverhältnisse (inkl. Jugendlicher in der Lehre) und 74.753 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse von jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren.

Der Großteil der unselbständig Beschäftigten entfällt hierbei auf die Altersgruppe der 20- bis 24jährigen (320.731), da diese schon überwiegend ihre Ausbildungswege abgeschlossen haben. Ein Blick auf den Zeitverlauf zeigt, dass die Jugendbeschäftigung relativ stabil bleibt, von 2008 auf 2012 kam es zu einem leichten Rückgang um -3,6 %, bedingt durch die schwache wirtschaftliche Entwicklung.

Österreichweit gab es 125.228 Lehrverhältnisse (Stichtag: 31.12.2012), davon 115.707 in Betrieben und 9.521 in überbetrieblichen Einrichtungen¹¹.



Quelle: AMDB mon_besch_alq, Daten des HV, eigene Darstellung BAK

Betrachtet man, wo die Jugendlichen überwiegend beschäftigt sind, so zeigt sich, dass rund 20 % der jungen Beschäftigten im Handel bzw. dem KfZ-Bereich beschäftigt sind. Danach folgt der Produktionsbereich mit rund 18 %, gefolgt von der Baubranche (11 %), der Beherbergung und Gastronomie (9 %), dem Gesundheits- und Sozialwesen, der öffentlichen Verwaltung, Sozialversicherung und Verteidigung (je 7 %).

Im Jahr 2012 haben knapp 595.000 junge Menschen bis 24 Jahre eine Beschäftigung aufgenommen, und rund 526.500 einen Wechsel von einer Beschäftigung in einen anderen Status (Arbeitslosigkeit, Schulung, andere Beschäftigung, Ausbildung, Karenz, Präsenzdienst etc.) vorgenommen. Der Arbeitsmarkt ist daher für junge Menschen besonders dynamisch. Das Verhältnis vom Mittelwert von Beschäftigungsaufnahmen und -Auflösungen zur Anzahl der Beschäftigten beträgt mehr als 100 %. In anderen Worten: Es gibt einen etwas höheren Umschlag an Arbeitsverhältnissen, als es Arbeitsplätze für junge Menschen gibt.

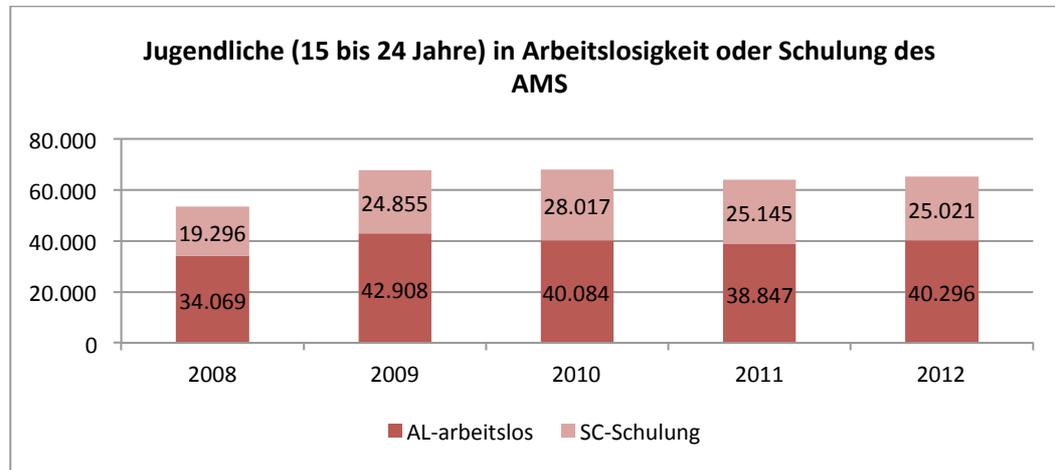
4.2 Arbeitslosigkeit und Arbeitssuche von Jugendlichen

Im Jahr 2012 waren 40.296 Jugendliche beim AMS Arbeit suchend registriert, davon waren 57 % Männer und 43 % Frauen. Dazu kommen aber auch mehr als 25.000 junge Menschen, die sich in Schulungen des AMS befanden. In Summe waren also 65.317 Personen zwischen 15 und 24 Jahren auf Arbeitssuche. Zusätzlich gab es 2012 auch noch durchschnittlich 5.531 lehrstellensuchende Jugendliche, sowie 3.824 offene Lehrstellen.

¹¹ Quelle: Lehrlingsstatistik, WKÖ (2012)

Junge Menschen werden von der Krise besonders stark getroffen. Waren im Jahr 2008 noch 53.300 Jugendliche arbeitslos gemeldet bzw in einer Schulung des AMS, so waren es ein Jahr später bereits mehr als 67.700, das entspricht einer Zunahme von knapp 27 %. Seit 2009 hat sich die Lage nur geringfügig verbessert, 2012 gab es um 22 % mehr Arbeit suchende junge Menschen als 2008.

Jugendliche haben meist eine kurze Verweildauer und finden, wenn sie einmal arbeitslos werden, schneller einen Job als Menschen im Haupterwerbsalter bzw ältere Personen. Die durchschnittliche Verweildauer in Arbeitslosigkeit liegt bei den jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren bei 67 Tagen, über alle Altersgruppen hinweg liegt sie bei 94 Tagen.



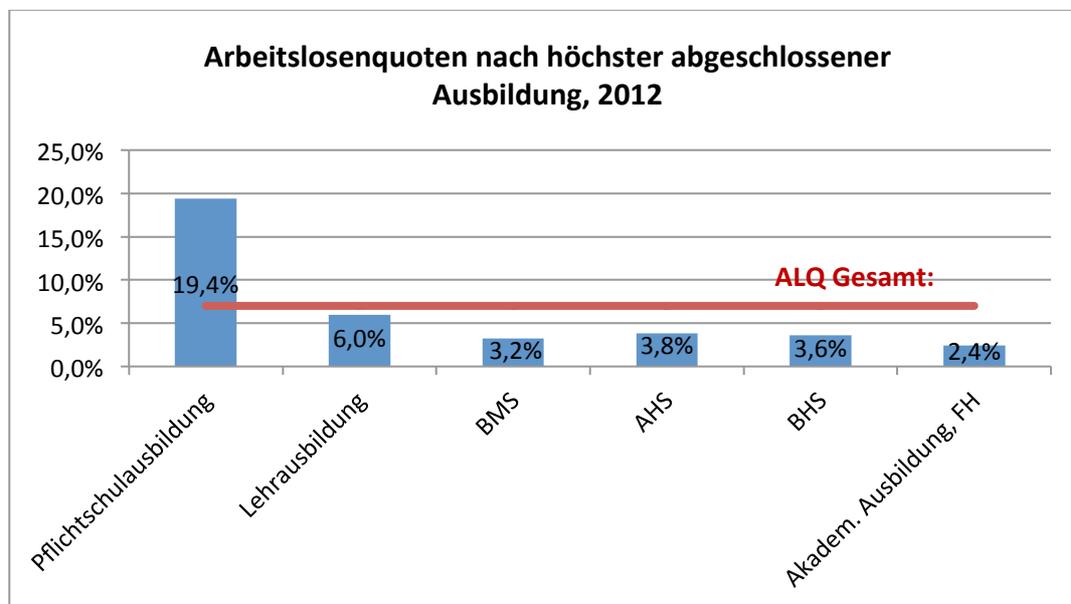
Quelle: AMDB amb_pst_07-lfd, AMS-Daten, eigene Darstellung BAK

Überwiegend sind Jugendliche, die beim AMS als arbeitslos vorgemerkt sind, älter als 19 Jahre. Von den knapp 40.300 arbeitslosen Jugendlichen, sind 31.880 (also knapp 80 %) zwischen 20 und 24 Jahre alt.

Im Jahr 2012 gab es in Österreich eine Arbeitslosenquote über alle Altersgruppen hinweg von 7 %. Bei den jungen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahre lag diese bei 7,6 %, bei den Jugendlichen von 15 bis 19 Jahre lag diese darunter (4,7 %) aber bei den jungen Erwachsenen von 20 bis 24 Jahre deutlich darüber (9 %). Das zeigt, dass gerade auch für diese Altersgruppe noch mehr getan werden muss.

Von den 20 bis 24jährigen, die 2012 beim AMS als arbeitslos registriert waren, haben rund 43 % maximal einen Pflichtschulabschluss, 37 % eine abgeschlossene Lehrausbildung, 7 % eine sonstige mittlere Ausbildung und 11 % eine höhere Schule abgeschlossen.

Die Analyse der Arbeitslosenquoten nach höchster abgeschlossener Ausbildung zeigt, dass die Arbeitslosenquote von Personen, welche höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen, deutlich höher (meist mehr als doppelt so hoch) ist als jene von Personen, welche weiterführende Ausbildungen abgeschlossen haben.



Quelle: BMASK Bali

Die niedrigsten Arbeitslosenquoten wiesen 2012 die AbsolventInnen einer tertiären Ausbildung (2,4 %) auf, gefolgt von BMS-AbsolventInnen (3,2 %). Junge Menschen, die eine AHS oder BHS abgeschlossen haben, wiesen ein Arbeitslosigkeitsrisiko von 3,8 % bzw 3,6 % auf. Die Arbeitslosenquote von LehrabsolventInnen lag 2012 bei 6 % und am markantesten ist das Risiko arbeitslos zu werden bei Menschen mit max Pflichtschulabschluss (19,4 %). Insgesamt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2012 auf einem Niveau von 7 %.

4.3 Die Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen im europäischen Vergleich

Die Beschäftigungsquote der 15 bis 24jährigen im europäischen Vergleich zeigt eine relativ hohe Jugendbeschäftigung in Österreich, diese lag im Jahr 2012 bei 54,6 % (EU-Schnitt: 32,9 %).

Die Entwicklungen auf europäischer Ebene bei der Jugendarbeitslosigkeit sind durchaus besorgniserregend. Österreich steht hier im Vergleich, mit einer Jugendarbeitslosenquote von 8,7 % (EU-Schnitt: 22,8 %) gut da. Das System der dualen Berufsausbildung, das breite Spektrum an schulischen Ausbildungen und die arbeitsmarktpolitischen Angebote im Rahmen der Ausbildungsgarantie sind wesentliche Faktoren für die im europäischen Vergleich niedrige Jugendarbeitslosigkeit.

4.4 Erworbene Kompetenzen sichtbar machen und anerkennen

Die Sichtbarmachung, Validierung und Anerkennung vorhandener Qualifikationen hilft insbesondere auch jungen MigrantInnen mit nicht in Österreich anerkannten Abschlusszeugnissen, kompetenzadäquat am Arbeitsmarkt vermittelt zu werden.

Die neugeschaffenen Anerkennungsstellen sind hier ein wichtiger Schritt, um jenen Menschen, die im Ausland Kenntnisse und Fertigkeiten erworben haben, für die es kein Zeugnis gibt oder für die es ein ausländisches Zeugnis gibt, das aber nicht automatisch in Österreich anerkannt wird, die Anerkennung ihrer Ausbildung zu erleichtern. Sie werden die Menschen bei den Behördengängen begleiten, sie informieren und ihnen helfen, schneller und einfacher zu ihrer Berufsankennung zu kommen.

4.5 Jugendliche in AMS-Betreuung

Nicht alle Jugendlichen finden sofort nach Beendigung ihrer Ausbildung eine Beschäftigung. Daher ist es wichtig, dass sie rasche und wirksame Unterstützung erhalten. Die meisten Jugendlichen wenden sich dann ohnehin an das AMS.

Ein von den spezifischen Problemlagen unabhängiges Handlungsfeld ist das Ergreifen der richtigen Intervention für die Jugendlichen. Das breite und manchmal unübersichtliche

Angebot verunsichert sowohl Jugendliche als auch BeraterInnen. Erschwerend kommt hinzu, dass der Prozess der Zuweisung zu den richtigen Angeboten in vielen Regionen verbesserungswürdig ist.

Ein qualitätsvolles Erstgespräch inklusive einer genauen Erfassung der Ausgangslage ist sehr wichtig, damit die BeraterInnen die Aufgabe der richtigen Intervention erfüllen und die Jugendlichen rascher an das Ziel einer abgeschlossenen Erstausbildung und einer erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt bringen. Es ist zu vermeiden, dass Jugendliche sich in einer „Drehtür“ zwischen Beschäftigung und wiederkehrender Arbeitslosigkeit finden.

Beobachtungen von AMS-BeraterInnen besagen, dass die Zahl der Jugendlichen mit besonderem Unterstützungsbedarf, die Unterstützung vom AMS benötigen, immer größer wird.

Im Jahr 2012 wurden 87.400 Personen im Alter bis 24 Jahre vom AMS gefördert. Es befanden sich rund 54.000 Jugendliche in Qualifizierungsmaßnahmen des AMS, 9.521 dieser Jugendlichen und jungen Erwachsenen waren in einem Lehrgang der überbetrieblichen Ausbildung. Etwa 15.000 Jugendliche nahmen ein Angebot einer Beratungs- und Betreuungseinrichtung in Anspruch und mehr als 11.500 junge Menschen wurden mittels Beschäftigungsförderung in den Arbeitsmarkt integriert.

4.6 Angebote für Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf

Aufgrund der unterschiedlichen Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarktintegration lassen sich folgende Zielgruppen differenzieren:

4.1.1.1 Jugendliche, die nach dem Verlassen der Schule keine weitere Ausbildung beginnen

Jene Jugendlichen, die nach der Pflichtschule direkt in den Arbeitsmarkt gelangen, sind in der Folge vermehrt von Arbeitslosigkeit betroffen. Diese Jugendlichen verfügen entweder lediglich über einen Pflichtschulabschluss oder haben die Schulpflicht ohne einen positiven Abschluss beendet.

Hier ist ein wesentliches Ziel, den Jugendlichen die Kompetenzen eines Hauptschulabschlusses zu vermitteln bzw. diese in eine weiterführende (berufliche) Ausbildung zu bringen.

- **Jugendcoaching**

Das Projekt Jugendcoaching, das seit 2013 österreichweit durchgeführt wird, setzt hier an. Bereits in der letzten Schulstufe erhalten Jugendliche, die gefährdet sind, die Schule abzubrechen oder keinen Abschluss zu erlangen, besondere Unterstützung. Diesen ausgrenzungsgefährdeten Jugendlichen werden durch Beratung, Begleitung und Case Management ihren Fähigkeiten entsprechende Perspektiven bewusst gemacht. In einer weitergehenden Betreuung werden durch individuelle Unterstützungspakete deren Leistungsfähigkeit und soziale Stabilität gefördert, um den Schulabschluss sowie weitere Ausbildungen oder die Teilnahme an anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu sichern. Erste Erfahrungen zeigen, dass diese Intervention wichtig und notwendig ist. Nach der Pilotierung in einzelnen Bundesländern ist jedoch eine Weiterentwicklung wünschenswert.

- **Ausbildungsfit - als Anschlussangebot an das Jugendcoaching**

Um benachteiligten Jugendlichen individuelle Unterstützung zu geben, die konsequent darauf abzielt, diese durch individuelle Förderung in eine Berufsausbildung oder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wurde ein neues Angebot „Ausbildungsfit“ konzipiert.

- **Produktionsschule**

Ein weiteres Instrument, das seit einigen Jahren für benachteiligte Jugendliche eingesetzt wird, ist die Produktionsschule. In diesen Einrichtungen, die es nahezu in ganz Österreich gibt, wird Lernen (Beseitigung von Defiziten bei schulischen Grundkenntnissen) mit der Möglichkeit Berufe praktisch kennenzulernen verbunden. Die Jugendlichen lernen so

verschiedene Berufsbilder tatsächlich kennen und werden dadurch an den Arbeitsmarkt herangeführt.

4.1.1.2 Jugendliche, die nach der Pflichtschule eine Ausbildung oder arbeitsmarktpolitische Maßnahme beginnen, diese jedoch abbrechen

Für diese Jugendlichen gibt es zu wenige Angebote. Das Jugendcoaching setzt in der 9. Schulstufe an, für spätere Drop-Outs gibt es derzeit kein vergleichbares Angebot, das in Form eines individualisierten Ansatzes (Case Management und Coaching) die Jugendlichen auffängt, stabilisiert und durch diese schwierige Phase begleitet, um doch einen Ausbildungsabschluss oder zumindest eine Beschäftigung zu ermöglichen.

4.1.1.3 Not in Education, Employment or Training - NEETs

Der Begriff der „NEETs“ definiert eine Gruppe Jugendlicher, die sich weder in Aus- bzw Weiterbildung noch in Beschäftigung befinden.

Da diese Jugendlichen zwar beim AMS registriert sein können, aber nicht müssen, gibt es nur Schätzungen über die Größenordnung dieser Gruppe. Eine österreichische Studie (vgl Bacher/Tamesberger, 2012) kommt zur Einschätzung, dass rund 8,2 % der Jugendlichen in Österreich - also 75.000 - NEETs sind. Besonders betroffen sind Jugendliche mit Migrationshintergrund. Eine EU-weite Studie (vgl Forba Trendreport 1/2013, Eurostat) schätzt den Anteil in Österreich auf 6,9 % der 15 bis 24jährigen, das ist nur halb so hoch wie der EU-Schnitt.

Lt. Eurofund Berechnungen (2011) kostet die Nicht-Teilnahme an Ausbildung oder dem Erwerbsleben den europäischen Staaten pro Jahr ca € 153 Milliarden und die Kosten steigen Jahr für Jahr auch stark an, gegenüber dem Jahr 2008 sind die € 153 Milliarden ein Plus von 28 %.

Bei vielen NEETs greifen die bestehenden Unterstützungsangebote nicht, es droht ein Abgleiten in die Mindestsicherung. Laut International Labour Organisation (ILO) ist diese Gruppe besonders von wirtschaftlicher und sozialer Ausgrenzung bedroht. Wichtig ist, dass man die Jugendlichen erreicht und sie dazu motiviert, eine weiterführende Ausbildung zu machen.

4.1.1.4 Jugendliche, die eine Ausbildung abgeschlossen haben, aber aufgrund mangelnder Berufserfahrung den Einstieg in den Arbeitsmarkt nicht schaffen

Einige Jugendliche haben zwar eine Ausbildung abgeschlossen, aber die (dauerhafte) Integration in den Arbeitsmarkt gelingt nicht. Besonders durch die Wirtschaftskrise hat sich diese Situation für die jungen BerufseinsteigerInnen verschärft.

Ein nicht unerheblicher Anteil jener jungen Erwachsenen, die eine Lehre über das AMS in verkürzter Lehrzeit (FacharbeiterInnen-Intensivausbildung, Frauen in die Technik) absolviert haben, findet danach nicht sofort eine entsprechende Beschäftigung.

Hier muss es das Ziel sein, den Jugendlichen und jungen Erwachsenen möglichst rasch zu einem Eintritt in den Arbeitsmarkt zu verhelfen.

4.1.2 Empfehlungen und Forderungen

Zur Reduktion der Arbeitslosenquote bei den 19 bis 24jährigen, der Langzeitarbeitslosigkeit bei den 19 bis 24jährigen, zur Reduktion jener 10 % eines Jahrganges, die ohne weitergehende Ausbildung ins Erwerbsleben einsteigen sowie der Zahl der NEETs empfehlen die österreichischen Sozialpartner folgende Maßnahmen:

4.1.2.1 Aus- und Weiterbildung & Lebenslanges Lernen

- Insbesondere für Arbeit suchende junge Erwachsene sollen dort, wo es möglich und sinnvoll ist, fachliche Schulungen verstärkt in den Kontext von formalen Berufsabschlüssen gestellt werden, um das Nachholen von über die Pflichtschule hinausgehenden Abschlüssen zu erleichtern.

- Ausbau des AMS Programms „Kompetenz mit System“, wo in modularen Schulungseinheiten der gesamte Lernstoff eines Lehrberufes in mehreren Arbeitslosigkeitsepisoden vermittelt wird. Dabei ist auf jenen Kompetenzen, über die die Arbeit Suchenden bereits verfügen, aufzubauen. Diese bereits bundesweit eingesetzten innovativen Projekte sind sowohl quantitativ auszubauen als auch für eine größere Anzahl an Lehrberufen zu entwickeln.
- Gleichzeitig ist auch außerhalb des AMS-Kontexts der Ausbau von vergleichbaren Lernansätzen in der Erwachsenenbildung voranzutreiben. Um berufstätigen (jungen) Menschen den Abschluss einer formalen Berufsausbildung auf der Sekundarstufe II in einem zweiten Anlauf zu ermöglichen, sind entsprechende Modelle zu entwickeln. Maßnahmen, wie das neugeschaffene Fachkräftestipendium sollen ausgeweitet und hier verstärkt zum Einsatz kommen.
- Eröffnung von Wegen des lebensbegleitenden Lernens für junge Menschen ohne formale Berufsausbildung oder wenn deren Erwerbskarriere sich in Hilfstätigkeiten verfestigt hat: Auf freiwilliger Basis sollten ihre informellen und non-formalen Kompetenzen sichtbar gemacht, validiert und als Qualifikation bzw. Qualifikationsteile anerkannt werden.
- Um eine Höherqualifizierung junger geringqualifizierter Beschäftigter zu erreichen, soll diese Zielgruppe speziell zur Teilnahme an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen motiviert werden.

4.1.2.2 AMS-Beratung und Betreuung für Jugendliche

- Ein öffentlichkeitswirksamer Auftritt, der speziell auch Jugendliche anspricht: Mailing Aktionen oder Angebote im Bereich der social media (Gratis APP's, Facebook etc), können die Quote der Jugendlichen, die vom AMS erreicht werden, nochmals erhöhen.
- Bei erstmaliger AMS Vormerkung: Genaue Erfassung und Dokumentation der Ausgangslage, vor allem Stärken-Schwächen-Analyse, Test zu beruflicher Eignung/Neigung, konkreter Vorschlag passender weiterführender beruflicher Ausbildung oder Vermittlung („First Service“).
- Ausreichende (zeitliche) Ressourcen für AMS-BeraterInnen, um mit den Jugendlichen gemeinsam ihre Ausgangssituation zu besprechen und die weitere Laufbahn zu planen. Insbesondere braucht es mehr Zeit für das Erstgespräch und eine kontinuierliche Betreuung.
- Zu konkreten Maßnahmen zur Verbesserung und Weiterentwicklung der Startphase der AMS-Beratung bzw des Erstgesprächs sollen im Herbst in den AMS Gremien Gespräche geführt werden.
Schaffung übersichtlicher Angebote für Jugendliche und BeraterInnen sowie Verbesserung der Zuweisung zu den richtigen Angeboten.
- Es sollten verstärkt Einstiegsmodule bei AMS Ausbildungen, die Elemente des Coachings, der Berufsorientierung und der Kompetenzerkennung beinhalten, eingesetzt werden.

4.1.2.3 Jugendcoaching

- Um rechtzeitig Maßnahmen setzen zu können und auch den zeitgerechten Umstieg in eine Lehrausbildung zu ermöglichen, sollte das Jugendcoaching bereits in der 8. Schulstufe ansetzen und über das 19. Lebensjahr hinaus im Bedarfsfall (bis 25) ausgedehnt werden.
- Längere Betreuung, die die tatsächliche Umsetzung der einvernehmlich erzielten Zukunftspläne fördert.
- Ausweitung des Angebots auf alle Schulen (verstärkt auch für AHSen) und auch verstärkter Fokus auf ausgrenzungsgefährdete Jugendliche außerhalb der Systeme (zB straffällige Jugendliche) auch durch verstärkte Zusammenarbeit mit der offenen

Jugendarbeit. Auf eine entsprechende Einbeziehung dieser Stellen hinsichtlich der Kosten des Jugendcoachings ist zu achten.

- Die Kooperation mit anderen Betreuungs- und Anschlussangeboten (Therapie, andere Schulen etc) sollte verbessert und ausgebaut werden. Ebenso sollten erforderliche Zusatzangebote sichergestellt werden. Die durchgehende Betreuung der Jugendlichen sollte hier nicht enden, sondern zumindest lose weiter erfolgen.
- Monitoring der Wirksamkeit der Maßnahmen; insbesondere, ob die Jugendlichen auch erreicht werden.

4.1.2.4 Ausbildungsfit

- Dieses Programm sollte nach einer Pilotierungsphase und einer eventuellen Anpassung in ganz Österreich angeboten werden.

4.1.2.5 Produktionsschulen

- Diese Maßnahmen müssen laufend qualitätsgesichert und zielgruppenorientiert eingesetzt werden. Wesentlich ist auch, dass die Produktionsschulen sowohl den Weg in eine berufliche als auch zurück in eine schulische Ausbildung eröffnen, wobei arbeits- und sozialrechtliche Bestimmungen zu beachten sind.
- Laufende Evaluierung, wobei insbesondere auf die Drop-Outs einzugehen ist.

Spezifische Gruppen von Jugendlichen brauchen jedoch zusätzlich Angebote:

4.1.2.6 Jugendliche, die eine Ausbildung/Maßnahme des AMS abbrechen und erhöhten Unterstützungsbedarf haben.

Diese Jugendlichen sollen in Form eines Jugendcoaching vergleichbaren Angebots mit einem individualisierten Ansatz (Case Management und Coaching) betreut werden.

- Um die Beschäftigung junger Menschen zu erleichtern und den möglichen Fachkräftemangel zu reduzieren, ist es entscheidend, Ausbildungen, die zu einem Fachabschluss führen, praxisbezogen zu gestalten, damit diese mit den Anforderungen der Wirtschaft übereinstimmen und gleichzeitig die Kompetenzen der Jugendlichen entsprechend berücksichtigen und abbilden. Gleichzeitig sollen Unternehmen motiviert werden als Partnerbetriebe zu fungieren und jungen AbsolventInnen eine Chance zu geben.
- Es braucht verstärkt Instrumente für Jugendliche mit erhöhtem Unterstützungsbedarf, um auch diesen den Einstieg in das Berufsleben zu eröffnen. Im Bedarfsfall sollen jene Betriebe, die bereit sind, den Jugendlichen eine Chance zu geben, unterstützt werden.

4.1.2.7 NEETs und arbeitsmarktferne Jugendliche

- Aufsuchende Betreuung und Beratung über die offene Jugendarbeit an Plätzen, wo die Jugendlichen ihre Freizeit verbringen und verstärkte Kooperation mit dem AMS.
- Beratung und Betreuung im Bedarfsfall über das Jugendcoaching.
- Jugendgerechte, niederschwellige Angebote für spezielle Gruppen (zB jungen Migrantinnen) unter Intensivierung der Zusammenarbeit mit Beratungsstellen und Organisationen der Jugendarbeit.
- Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Pilotprojekte zur Integration arbeitsmarktferner Jugendlicher, die in der derzeitigen European Social Fonds (ESF) Periode stattfinden, können hier als best practice Beispiele herangezogen werden.

4.1.2.8 Jugendliche, die eine Ausbildung abgeschlossen haben aber aufgrund mangelnder Berufserfahrung den Einstieg in den Arbeitsmarkt nicht schaffen

- Vermehrte Vermittlungsunterstützung für diese Zielgruppe.
- Für manche Jugendliche ist auch die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses in einem anderen Staat eine Alternative. Dabei können sie von EURES (My first EURES Job) Unterstützung erhalten.
- Nutzung bestehender AMS Maßnahmen, wie die Implacementstiftung.
- Angebote, die das Interesse der Betriebe an der Beschäftigung Jugendlicher fördern (Jobmessen), und im Rahmen derer etwaige zusätzliche Unterstützungen für die Unternehmen (Assistenz, Eingliederungsbeihilfe) abgeklärt werden können.
- Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die Personen unterstützen, ihre erworbenen Qualifikationen durch Referenzen am österreichischen Arbeitsmarkt besser zu verwerten.

5 Familie und Jugend

In Österreich leben rund 1.222.000 Kinder unter 15 Jahren in Familien. Davon leben 905.000 bei Ehepaaren, 172.000 bei Lebensgemeinschaften und 145.000 bei Alleinerziehenden. Insgesamt 908.000 Familien leben mit einem oder mehr Kindern unter 18 Jahren¹². Im Jahr 1963 betrug die Gesamtfertilitätsrate 2,82 und war damit doppelt so hoch wie heute. In Österreich liegt heute der Schnitt bei 1,4 Kindern. Statistisch wird für den Erhalt der Bevölkerungsstruktur von 2,1 Kindern ausgegangen. Länder mit besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie weisen deutlich höhere Geburtenraten als Österreich auf.

Für die Entfaltung von Kindern und Jugendlichen sind neben der Familie auch öffentliche Einrichtungen, insbesondere Kinderbetreuung und Schule von Bedeutung. Daher ist es entscheidend, dass günstige Rahmenbedingungen vorliegen, um den Kindern und Jugendlichen optimale Startchancen mitzugeben.

Dabei ist auch auf die langfristige und nachhaltige Finanzierbarkeit der Familienleistungen zu achten, um sicherzustellen, dass auch noch der Jugend von heute, morgen und übermorgen ausreichend Mittel zur Verfügung stehen. Von zentraler Bedeutung ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie ist auch wesentlich bei der Entscheidung eine Familie zu gründen. Darüber hinaus ist sie für die Lebensqualität sowie das Zusammenspiel zwischen Arbeit und Wirtschaft wichtig.

5.1.1.1 Junge Erwachsene mit Kindern, die wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen

Junge Erwachsene, die bereits in frühen Jahren Eltern werden, befinden sich in einer speziellen und oft schwierigen Situation. Wenn vor der Geburt des Kindes keine Ausbildung abgeschlossen werden konnte, ist der Wiedereinstieg insbesondere von Frauen in den Arbeitsmarkt nicht immer leicht.

5.1.2 Empfehlungen und Forderungen

5.1.2.1 Kinderbetreuung

- Es wurde schon vieles erreicht, wie etwa das Gratiskindergartenjahr und die Förderung für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Dennoch: Für Unter-Dreijährige gibt es viel zu wenige Plätze, fast ein Drittel der Kindergärten sperrt vor 14.00 Uhr zu. Gerade hinsichtlich erwerbsfreundlicher Öffnungszeiten und der Ferienbetreuung ist Nachholbedarf vorhanden.
- Ein qualitativ hochwertiges, ganzjähriges, ganztägiges und flächendeckendes Angebot ist notwendig. Dies bildet die Grundvoraussetzung um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Vor allem die Länder und Gemeinden sind aufgefordert hier Mittel in die Hand zu nehmen. Aber auch finanzielle Anreize des Bundes sind wichtig und sollen ausgebaut werden.
- In Zukunft wird es wichtig sein, Zusammenschlüsse von kleineren Einheiten (Gemeinden, Betriebe) zum Zwecke der Kinderbetreuungsorganisation zu fördern, zB durch Schaffung einer Internetplattform, auf der das Know-how und Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches zur Verfügung gestellt werden. Es wird sich nicht jede kleine Einheit eine eigene qualitativ hochwertige Kinderbetreuung von 7.00 bis 18.00 Uhr leisten können. Daher muss die Vernetzung und die notwendige Logistik (Organisationen der Fahrten etc) gefördert werden.

¹² Österreichisches Institut für Familienforschung, Familien in Zahlen (2012)

5.1.2.2 Familienförderung

- In den vergangenen Jahrzehnten wurden durch den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) immer mehr Leistungen finanziert. Das bringt den FLAF an seine Grenzen. Soll das Angebot des FLAF weiter ausgebaut werden, muss innerhalb der Familienförderung umgeschichtet werden. Wichtig ist einerseits die Finanzierung des FLAF zu entlasten und gleichzeitig sicherzustellen, dass junge Menschen auch noch in den nächsten Jahrzehnten die Unterstützung aus dem Fonds erhalten.
- Zur Unterstützung des Gesundheitszustands und des gesundheitsbewussten Verhaltens der Jugend sollte auch die Familienförderung einen Beitrag leisten. Bei der Unterstützung von Familien sollten daher auch gesundheitliche Aspekte verstärkt berücksichtigt sowie wirksame Anreize wie die Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen gesetzt werden.
- Durch Schaffung von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätze im Interesse von Müttern wie Vätern, Weiterbildungsmöglichkeiten, Unterstützung im Rahmen der Kinderbetreuung, Kontakt zum Betrieb während der Karenz sowie Karenzmanagement ist dem Anspruch auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie Rechnung zu tragen.

5.1.2.3 Wiedereinstieg junger Frauen mit Kindern:

- Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten (va auch kurzfristige Möglichkeiten, die eine Arbeitsaufnahme bzw Qualifizierung ermöglichen).
- Entwicklung spezifischer Angebote für die Zielgruppe „junge Frauen beim Wiedereinstieg“.

6 Jugend und Gesundheit

Von allen demografischen Gruppen sind Kinder und Jugendliche noch die gesündeste Gruppe. Ihre Gesundheit gilt es daher nachhaltig zu fördern und zu erhalten.

Neben der Eigenverantwortung haben auch sozioökonomische Faktoren (Bildung, berufliche Tätigkeit¹³) eine wesentliche Rolle hinsichtlich des Gesundheitszustandes und eines gesunden Lebensstils.

Je jünger Menschen jedoch sind, umso wichtiger ist systematische Aufklärung über Gesundheitsgefahren und Gesundheitsförderung in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, um einen Ausgleich für fehlende Unterstützung im Rahmen der Familie schaffen zu können¹⁴.

¹³ Vgl. Schenk (2011)

¹⁴ Vgl. Lampert/Richter (2009)

6.1.1.1 Gesundheitszustand der Jugend in Österreich: Zahlen - Daten - Fakten

6.1.1.2 Erkrankungen und Gesundheitsverhalten

Rund 17 % der Kinder und Jugendlichen haben in Österreich laut der Gesundheitsbefragung 2006/2007 eine chronische Erkrankung oder Behinderung. Diese zeigt ua auch auf, dass eine - wachsende - Gruppe von Jugendlichen an Allergien, Asthma und Hypertonie leidet (BMG 2011a).

Ein ungesunder Lebensstil führt schon früh zu den neuen Volkskrankheiten (Stoffwechselstörungen, Krankheiten des Bewegungsapparates).

Tabak- und Alkoholkonsum liegen deutlich über dem internationalen Durchschnitt. Wie im internationalen Trend verzeichnen auch Österreichs Kinder und Jugendliche einen Anstieg von Übergewicht und Adipositas.

6.1.1.3 Krankenstandsquote

Junge Personen fallen öfter als Personen höheren Alters infolge einer Krankheit oder eines Unfalls an ihrem Arbeitsplatz aus. Vor allem Personen bis 19 Jahre, aber auch die Altersgruppe der 20 bis 24jährigen weisen eine deutlich überdurchschnittliche Krankheitsinzidenz auf. Die Krankenstandsdauer ist aber kürzer!

6.1.1.4 Psychische Erkrankungen

In der Altersgruppe 11 bis 20 Jahre sind bereits 26.000 Personen von psychischen Erkrankungen betroffen (siehe Analyse der Versorgung psychisch Erkrankter, HV/GKK Salzburg, 2011). Davon nehmen 10.600 Personen Antidepressiva, 4.600 Antipsychotika und 2.560 Tranquilizer. In den letzten 20 Jahren ist das durchschnittliche Ersterkrankungsalter für psychische Krankheiten von 25 auf 19 Jahre gesunken. Bleiben bestimmte Krankheiten unbehandelt, werden sie chronisch, mit den bekannten negativen Auswirkungen auf die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit. Diese Erkrankungen sind in dieser Altersgruppe die Hauptursache für Invaliditätspensionen. In Österreich entspricht die Versorgung von psychisch kranken Jugendlichen nicht dem internationalen „state of the art“.

6.1.1.5 Unfälle: Arbeitsunfälle sowie Freizeit und Heimunfälle

Die Anteile der Arbeitsunfälle und der Verkehrsunfälle sind zwischen 1990 und 2009 auf ein Drittel geschrumpft, während der Anteil der Freizeitunfälle auf hohem Niveau bleibt.

Junge Menschen erleiden aufgrund ihrer Unerfahrenheit und ihres Freizeitverhaltens häufiger Arbeits-, Verkehrs- und Freizeitunfälle. 2010 haben insgesamt 8.171 Jugendliche einen Arbeitsunfall erlitten. Die Heim- und Freizeitunfälle liegen in der Altersgruppe 15 bis 24 Jahren bei 36.400 Unfälle pro Jahr. Besonders hoch ist das Unfallrisiko (45,4 %) für Heim- und Freizeitunfälle bei Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren.

Jugendliche und Arbeitsunfälle ¹⁵					
Jahr	15-16 Jahre	16-17 Jahre	17-18 Jahre	ArbeiterInnen	Angestellte
2006	96 (2.324)	83 (3.005)	79 (3.224)	70 (86.089)	14 (20.578)
2008	119 (2.741)	103 (3.555)	95 (3.658)	73 (93.040)	15 (23.192)
2010	76 (2.055)	78 (2.745)	78 (3.060)	60 (72.210)	13 (20.677)

Quelle: Nöstlinger (2012)

In den letzten Jahren wurden mehrere Initiativen zur Gesundheitsprävention an Österreichs Schulen gestartet. Bewegung und Sport ist dabei als ein Teil einer gesamtheitlichen Gesundheitserziehung zu betrachten. Gesundheitserziehung ist als

¹⁵ Anerkannte Arbeitsunfälle 2006-2010 auf jeweils 1.000 Versicherte; bei den (jugendlichen) Lehrlingen gibt es keine Trennung in Arbeiter und Angestellte.

Unterrichtsprinzip in den Lehrplänen aller Schulen verankert. Das Projekt "Gesunde Schule" wurde im Frühling 2007 vom BMUKK, vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ins Leben gerufen.

6.1.2 Empfehlungen und Forderungen

Zur Verbesserung des Gesundheitszustandes der Jugendlichen sind neben der Stärkung der Eigenverantwortung im Gesundheitssystem folgende Ansätze zu erwägen:

- Erstellung eines abgestimmten Gesundheitsförderungskonzepts für Jugendliche (spezielles Programm für Lehrlinge zur Senkung von Arbeitsunfällen und arbeitsbedingten Erkrankungen) und regelmäßige Durchführung von spezifischen Evaluierungen. Zusätzlich sollte eine Pflicht zur Koordination der zuständigen Stellen gesetzlich verankert werden.
- Umfassende Gesundheitsbildung an der Schule: Wissensvermittlung über gesundheitsbewusstes Verhalten und dessen individualgesundheitliche und gesellschaftliche Vorteile sowie über den Aufbau und die Funktionsweise unseres Gesundheitssystems sollen in sämtlichen Schulstufen - angefangen von der Volksschule bis hin zu Sekundarstufe - und in sämtlichen Lehrplänen alters- und schultypadäquat verstärkt werden. Dies fördert nicht nur einen gesundheitsbewussten Lebenswandel vom frühen Kindesalter an, sondern trägt auch zur Herausbildung von Wertschätzung gegenüber den Leistungen unseres Gesundheitssystems bei, was letztlich zu einem verantwortungsvollen Umgangs mit dessen Leistungen führen soll.
- Dazu bedarf es neben einer engeren Zusammenarbeit zwischen SchulärztInnen, Eltern und LehrerInnen auch umfassender Zukunftsinvestitionen in Kinderbetreuung, um schon sehr früh grundlegende Kompetenzen für eine gesunde Lebensgestaltung (hinsichtlich Ernährung, Bewegung, Sexualität) erwerben zu können. Die praxisnahe Vermittlung von „Lebenskompetenzen“ (zu der auch die Gesundheitskompetenz zählt) erhöht die soziale Integration (in Familie, Schule etc) und beugt Suchtkrankheiten vor.
- Aktivierende Vorsorgeprogramme für Jugendliche: Der Schul- bzw niedergelassene Arzt legt in einem Beratungsgespräch mit dem Jugendlichen bestimmte Ziele als Gesundheitsparameter fest und motiviert ihn mit geeigneten Maßnahmen.
- Erhöhung der Anzahl der Bewegungseinheiten in der Schule sowie der Turnstunden insbesondere im Rahmen ganztägiger Schulformen sowie stärke Kooperation mit Sportvereinen.
- Schulen sollen angeregt werden, eigenständige Projekte zur Bewegungserziehung und „Gesunde Schule“ zu entwickeln und umzusetzen. Gesundheitserziehung muss Teil des Schulprogramms sein. Alle Schulpartner und die SchulärztInnen müssen einbezogen und Maßnahmen für alle Schulpartner vereinbart werden.
- Analog zur Empfehlung des Jugendberichts 2011 sollen Lehrlinge an ihrer Arbeitsstätte „angesprochen“ werden. Hier empfiehlt sich der systematische Auf- und Ausbau betrieblicher Gesundheitsförderung mit einem speziellen Fokus auf die jüngsten ArbeitnehmerInnen.
- Festlegung eines Schwerpunkts psychosoziale Probleme von Jugendlichen durch das BMG: Datengrundlage, Problemlagen und Festlegung von Handlungsfeldern (Familie, Kindergärten und Schulen, Betrieb).
- Besonderes Augenmerk ist dabei auf Sucht- und Gewaltprävention zu legen. In den Betrieben ist bei auffälligem Alkoholkonsum eine externe Unterstützung anzubieten.
- Um Arbeitsunfälle bzw berufsbedingte Erkrankungen Jugendlicher zu vermeiden bzw die Zahl der Arbeitsunfälle Jugendlicher signifikant zu senken, sollen unter Einbeziehung der ArbeitgeberInnen entsprechende Konzepte entwickelt werden.

7 Junge Menschen und Wohnen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis des Menschen und leistbares Wohnen mittel- und langfristig ein wesentlicher Faktor der persönlichen Lebensumstände. Leistbares Wohnen betrifft jede Bevölkerungsgruppe, stellt aber für junge Menschen, die am Anfang ihres Erwerbslebens stehen und erstmals außerhalb des elterlichen Haushalts, mit einer eigenen Familie oder gemeinsam mit anderen jungen Menschen eine Wohnung oder Haus beziehen, eine besondere Herausforderung dar. Typischerweise machen bei ihnen die Ausgaben für Wohnen einen relativ hohen Anteil des Einkommens aus. Deshalb sind preisgünstige Wohnmöglichkeiten auf Basis sicherer rechtlicher Verhältnisse gerade für junge Menschen wichtig. Die Sozialpartner sind einig, dass leistbares Wohnen auf Dauer Voraussetzung für eine sinnvolle und gesunde Erwerbsfähigkeit, die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sowie die Ausübung der mit dem Wohnsitz verbundenen Bürgerrechte ist.

Die Bedingungen für das Wohnen sind entscheidend durch den Markt (Angebot & Nachfrage von Wohnbaugrundstücken in der relevanten Region, Wohnungen, Eigenheime, Finanzierungsbedingungen, Veranlagungsalternativen, vorherrschende Siedlungsweise), die Preis- und Einkommensentwicklung (Grundstücks-, Baukosten, Immobilienpreise, Wohnungsmieten, Heiz- und Energiekosten, Kosten der Instandhaltung und Möblierung einerseits sowie die individuelle und regionale Einkommensentwicklung andererseits) und das rechtliche Umfeld (Bau, Miete & Vermietung, Vermittlung, Finanzierung, Förderung und steuerliche Regeln) gegeben.

7.1.1 Empfehlungen und Forderungen

- Zweckwidmung der Mittel des Wohnbauförderungsbeitrages, der Zweckzuschüsse des Bundes für den Wohnbau und der Rückflüsse aus der Wohnbaudarlehensförderung, um das Wohnungsangebot zu verbessern. Anpassung der öffentlichen Wohnbaumittel an den Wohnungsbedarf unter Berücksichtigung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Wohnungsneubau und Wohnungsanierungen.
- Präzisierung des Richtwertsystems zur Mietzinsbildung bei Altbaumieten für eine höhere Rechtssicherheit von MieterInnen und VermieterInnen.
- Einbeziehung von anderen Finanzierungspartnern wie Pensionskassen, Versicherungen und die Europäische Investitionsbank für den Wohnbau.
- Erhöhung der thermische Sanierungsrate und Nachverdichtung von Wohnbauflächen, um mehr Wohnraum guter Qualität zu schaffen und die mit den Heiz- bzw. Kühlkosten verbundenen Belastung von MieterInnen und EigentümerInnen zu dämpfen.
- Mobilisierung von Wohnbauflächen durch vorausschauende Planung, aktive Raumordnungspolitik und Flächenwidmung vor allem für den geförderten Wohnbau.
- Vereinfachung des Baurechts und bundeseinheitliche Baunormen für einen fairen Wettbewerb und eine langfristige Kostendämpfung.
- Gute berufliche Qualifikation von Jugendlichen um durch eine damit verbundene höheren Dynamik der Einkommensentwicklung und den so gegebenen besseren Schutz vor Einkommensverlust durch Arbeitslosigkeit die Leistbarkeit des Wohnens zu sichern¹⁶

¹⁶ Siehe dazu auch Kapitel 1.6 und 2.4

8 Literaturverzeichnis

- Bacher, Johann, Tamesberger, Dennis „Junge Menschen ohne (Berufs-)Ausbildung - Ausmaß und Problemskizze anhand unterschiedlicher Sozialindikatoren“ in: WISO 4/2011, Linz. 2011
- BALLweb - Beschäftigung: Arbeitsmarkt: Leistungsbezieher: Ein Service des APF-Teams der Sektion VI/6 im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Wien, 2012, Informationen siehe auch: <http://www.dnet.at/bali/>
- Bruneforth, Michael, Herzog-Punzenberger, Barbara & Lassnigg, Lorenz (Hrsg.). Nationaler Bildungsbericht. Wien, 2012
- Die Sozialpartner Österreichs, „Bildungsfundamente - Ziele und Maßnahmen für eine zukunftsorientierte Bildungsreform, Wien, 2013
- Elmadfa, Ibrahim „Österreichischer Ernährungsbericht 2012“, im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit, 2012. Wien.
- Eppel Rainer, Leoni Thomas, „New Social Risks Affecting Children. A Survey of Risk Determinants and Child Outcomes in the EU“ in: WIFO Working Papers 386/2011, Wien, 2011.
- Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, „Junge Menschen und NEETS in Europa - Erste Ergebnisse“, 2012. siehe auch: <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2011/72/de/1/EF1172DE.pdf>
- Forba Trendreport 1/2013, Wie verhindert Europa die Ausgrenzung seiner Jugend?“
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Gebietskrankenkasse Salzburg: Analyse der Versorgung psychisch Erkrankter, Projekt „Psychische Gesundheit“, 2011
- Horvath, Thomas; Huemer, Ulrike; Kratena, Kurt; Mahringer, Helmut, „Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2010 bis 2018“ WIFO-Publikationen, 2012. Wien.
- Institut für Jugendkulturforschung, „Bericht zur Jugend-Wertestudie 2011“: 2011. Wien
- Lampert Thomas, Richter Matthias, „Gesundheitliche Ungleichheit bei Kindern und Jugendlichen [Health inequalities in childhood and youth]. in: Richter M, Hurrelmann K (Hrsg.). Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven. 2. Auflage. 2009. Wiesbaden
- OECD, OECD Reviews of Vocational Education and Training - Learning for Jobs, 2010
- Österreichisches Institut für Familienforschung, Familien in Zahlen, Wien 2012
- Schenk, Martin (2011): Die soziale Schere verletzt uns alle. Lebens-Mittel gegen Armut. In: Raum - Österreichische Zeitschrift für Raumplanung und Regionalpolitik 81, 22-25
- Statistik Austria, Bevölkerungsprognose, 2012 siehe auch: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/
- Statistik Austria, Bildungsmonitoring, im Auftrag von BMASK und AMS, Wien, 2013
- Statistik Austria, Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/2007 Hauptergebnisse und methodische Dokumentation im Auftrag von Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend und Bundesgesundheitsagentur, Wien, 2007
- Statistik Austria, Verdienststrukturerhebung 2010, Entwicklung und Struktur der Löhne und Gehälter im Produktions- und Dienstleistungsbereich, 2010 siehe auch: http://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/6/index.html?id=6&listid=6&detail=645
- WKÖ, „Lehrlingsstatistik“, 2012 siehe auch: http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=357230&DstID=17